kommunistische hochschulzeitung

Jan.74 Herausgegeben von der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation / Wien (MLS) 3. Jg./Nr.1

KOMMUNISTEN IN DIE ÖH! MLS!

Die MLS kandidiert bei den ÖH-Wahlen und strebt Positionen in der ÖH an, um sie zu nutzen für das Ziel, eine breite Bewegung der Kritik, der Entlarvung und des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbildung zu entfalten, für das Ziel, möglichst breite Teile der Studenten für das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus zu gewinnen.

Die Kommunisten verfolgen auf der Hochschule keine vom gesellschaftlichen Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat losgelöste Politik. Vielmehr ordnen sie ihre Politik an den Hochschulen dem Kampf des Proletariats gegen die Ausbeutergesellschaft unter. Sie vertreten unter den Studenten die Interessen des Proletariats, sie propagieren seine revolutionären Ziele und politischen Forderungen.

Sie zeigen den Studenten den einzigen Ausweg aus dem verfaulten und überholten System des imperialistischen Kapitalismus - den Sozialismus. Die Fäulnis des Imperialismus offenbart sich an der Hochschule in der Volksfeindlichkeit der Wissenschaft und Ausbildung, in den reaktionären und repressiven Maßnahmen der Bourgeoisie, die das effektive Funktionieren ihres Ausbildungswesens und der ideologischen und politischen Bindung der Studenten sichern sollen.

Das Ziel des Proletariats für den Ausbildungsbereich ist es, die Ausbildung in den Dienst des Volkes zu stellen. Das wird erst möglich sein, wenn die Bourgeoisie die Ausbildungsinstitutionen nicht mehr beherrscht. Erst wenn die Bourgeoisie gestürzt ist, und die Arbeiterklasse und die Volksmassen über die Staatsmacht in vollem Umfang verfügen, wird es ihnen möglich sein, die Ausbildung nach ihren Interessen und Bedürfnissen zu gestalten. Für dieses Programm der Arbeiterklasse - die Ausbildung den Händen der Bourgeoisie zu entreißen und sie in den Dienst des Volkes zu stellen - und für die damit verbundenen umfassenden politischen Ziele des Proletariats im Kampf um den Sturz der Bourgeoisieherrschaft können und müssen immer breitere Teile der Studenten gewonnen werden.

→

MLS TEACH-IN: FÜR EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES VOLKES! KOMMUNISTEN IN DIE ÖH! MLS! 10.1.74

Gegen eine Ausbildung im Interesse des Kapitals! Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes!

Unter diesen Losungen führen wir die Studenten in den Kampf gegen die einzelnen reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie, die gerichtet sind auf die Aufrechterhaltung und weitere Festigung ihrer ideologischen und politischen Herrschaft auf den Hochschulen, gegen jede fortschrittliche Regung unter den Studenten. Wir kämpfen dabei um demokratische Rechte und Positionen, die den Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung ermöglichen und vorwärtsbringen, die freien Raum schaffen für die Verbreiterung und Vertiefung des Klassenkampfes an den Hochschulen.

Unsere Kandidatur bei den ÖH-Wahlen ist dieser Politik untergeordnet. Sie ergibt sich aus der Notwendigkeit, alle Möglichkeiten für den Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung und für die Verankerung der revolutionären Ziele des Proletariats unter den Studenten zu nutzen. Auch dort, wo diese Möglichkeiten gering sind: in den Institutionen und Gremien des bürgerlichen Staates auf der Hochschule.
In den Organen und Einrichtungen der ÖH dominieren bisher ÖSU, RFS und VSStÖ - offene Vertreter der Bourgeoisie unter den Studenten. Die ÖH erfüllt aufgrund des in ihr gegebenen Kräfteverhältnisses bis heute die ihr von der Bourgeoisie zugedachte Funktion: die Masse der Studenten an die Spielregeln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu binden, sie durch die bürokratische Verwaltung ihrer sozialen und politischen Angelegenheiten durch "gewählte Vertreter" von selbständiger politischer Aktivität abzuhalten. Die Kommunisten werden die Positionen, die sie bei den ÖH-Wahlen erringen, gerade dazu ausnutzen, die Verhältnisse in der ÖH zum Tanzen zu bringen. Sie werden die ÖH als Tribüne des Klassenkampfes benützen, um den bürgerlichen Einfluß unter den Studenten zurückzudrängen und die fortschrittliche Bewegung zu verbreitern und zu vertiefen. Soweit es das Kräfteverhältnis in den verschiedenen Gremien der ÖH - insbesondere auf Instituts- und Studienrichtungsebene, wo die Kommunisten auf den Listen von IGen kandidieren - zuläßt, werden sie diese Positionen direkt zur Organisierung von Massenaktionen einsetzen.

Kommunisten in die ÖH!

Wählt die Kandidaten der MLS!

Wählt die „Liste Kommunistischer Hochschulorganisationen"!

ERKLÄRUNG DER MLS ZU DEN HOCHSCHULWAHLEN

Im Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie verschiebt sich - wie in der ganzen Gesellschaft so auch auf der Hochschule - das Kräfteverhältnis zuungunsten der Bourgeoisie. Der Einfluß des Proletariates und der proletarischen Ideologie auf die Studenten nimmt zu und der Einfluß der Bourgeoisie sinkt. Die Ursache für die stärkere Entfaltung des Klassenkampfes an den Hochschulen ist, daß sich die Widersprüche in der ganzen Gesellschaft verschärfen.

Die grundlegenden Widersprüche in der ganzen Welt spitzen sich heute alle zu. Die gegenwärtige Lage ist nicht durch Entspannung gekennzeichnet, sondern durch Unruhe und Aufruhr. Gegenwärtig zeigt sich überall auf der Welt, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika, was bereits zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden ist: Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution. Die Siege der indochinesischen Völker über den US-Imperialismus, der erfolgreiche Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien, der jüngst zur Unabhängigkeitserklärung Guinea-Bissaos führte, das Voranschreiten der arabischen Völker im Kampf gegen Imperialismus und Zionismus, sowie das wachsende Unabhängigkeitsstreben der Völker und Staaten aller Welt fügen den Imperialisten täglich neue Schläge zu und schwächen das imperialistische Weltsystem insgesamt. Auch im Innern der imperialistischen Länder wachsen die Widersprüche, die Arbeiterklasse führt den Klassenkampf zur Durchsetzung ihrer Interessen immer entschiedener und bewußter. immer breitere Teile der Volksmassen geraten in Gegensatz zur Herrschaft der Bourgeoisie. Die allgemeine Krise des Imperialismus verschärft sich und tritt offen zutage.

Deshalb können immer mehr Studenten die Überlebtheit und Verfaultheit des kapitalistischen Systems und die Überlegenheit des Sozialismus erkennen. Immer schwächer wird so die ideologische Bindung der Studenten an die Bourgeoisie, immer mehr beginnen die bürgerlichen Vorurteile abzubröckeln.

Im Zuge der Durchsetzung der monopolkapitalistischen Hochschulreform werden die Studenten unmittelbar von den reaktionären Maßnahmen des bürgerlichen Staates betroffen und beginnen sich dagegen zur Wehr zu setzen. Zwar sind die Illusionen über die Möglichkeit einer Demokratisierung der Hochschule und die Reformierbarkeit des Kapitalismus insgesamt noch stark, aber die Bedingungen werden immer günstiger dafür, daß die Kommunisten durch organisierendes und führendes Eingreifen breite Teile der in Bewegung geratenen Studenten für den politischen Kampf gegen die Ausbildung im Interesse des Kapitals, für das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus gewinnen können.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir den Kampf gegen die einzelnen reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie hinlenken auf die Entfaltung einer Bewegung der Kritik, der Entlarvung und des Kampfes gegen die kapitalistische Wissenschaft und Ausbildung, ihn nutzen für die Entwicklung einer Bewegung, die von den Kommunisten im Kampf immer mehr von der bürgerlichen Ideologie losgelöst werden kann. Dazu kämpfen wir um Rechte und Positionen, die freien Raum schaffen für die Verbreiterung, Vertiefung und Verschärfung des Klassenkampfes an den Hochschulen.

Dazu werden wir alle Möglichkeiten nutzen, auch dort, wo diese relativ gering sind:

In den bürgerlich-demokratischen Institutionen und Gremien auf der Hochschule. Deshalb kandidiert die MLS bei den ÖH-Wahlen.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Die Kämpfe und Bewegungen an der Hochschule sind besonderer Ausdruck der allgemeinen Entwicklung des gesellschaftlichen Klassenkampfs, der durch die beiden Grundtendenzen bestimmt ist: auf Seiten der Bourgeoisie Reaktion auf der ganzen Linie, auf seiten der Arbeiterklasse und der Volksmassen Streben nach Demokratie und Fortschritt.
Die demokratischen Bewegungen an den Hochschulen sind wie die des ganzen Volkes ein Produkt der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus. Der Protest gegen die Verbrechen der imperialistischen Bourgeoisie in aller Welt verbindet sich mit dem Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates, die dazu dienen, das Ausbildungswesen im Interesse der kapitalistischen Profitwirtschaft zu effektivieren.

Die demokratischen Kämpfe der Studenten und der Volksmassen gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates sind noch zuersplittert und mit Illusionen über die Reformierbarkeit des Kapitalismus behaftet. Werden diese spontanen Bewegungen in ihrer Besonderheit belassen, führen sie zu einem Ausgleich mit dem Staat, die demokratischen Forderungen werden verstümmelt. Vollständig verwirklicht können sie

aber nur durch den Sturz der Bourgeoisherrschaft und der Errichtung der proletarischen Diktatur werden, die die breiteste Demokratie für die Massen ist. Ziel und Richtung bekommen die Kämpfe gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen nur dann, wenn sie ausgerichtet sind auf den Sturz des Kapitalismus und die Herstellung der uneingeschränkten und ungeteilten Volksherrschaft.

Der Kampf gegen den Kapitalismus kann nur unter der Führung der Arbeiterklasse, der einzig konsequenten revolutionären Klasse, erfolgreich geführt werden. Alle anderen Klassen unerliegen, obwohl im Widerspruch zur Bourgeoisie, auf Grund ihrer Klassenlage ständigen Schwankungen, und sind auf sich allein gestellt zu Kompromissen mit der Bourgeoisie bereit. Die Arbeiterklasse hat nichts als ihre Ketten zu verlieren und kann daher als einzige Klasse konsequent gegen die Bourgeoisie und für vollständigen Demokratismus kämpfen.

Die Arbeiterklasse kann sich nur befreien, wenn sie die ganze Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung befreit. Die Beseitigung jeglicher politischer Unterdrückung, das Geltendmachen des Volkswillens, kurz die Verwirklichung der uneingeschränkten und ungeteilten Volksherrschaft, das ist das Interesse aller im Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen. Dieses Interesse fällt zusammen mit dem politischen Interesse des Proletariats nach vollständigem Demokratismus, als Mittel und Vorbedingung für die Erreichung seines Endziels, der klassenlosen Gesellschaft.

Für eine Ausbildung im Dienst des Volkes!

Der Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung kann nur unter der Führung der Arbeiterklasse und unter den Losungen der Arbeiterklasse erfolgreich geführt werden. Dieser Kampf gegen eine Ausbildung im Interesse des Kapitals richtet sich gegen den bürger-

WÄHLT DIE »LISTE KOMMUNISTISCHER HOCHSCHUL-ORGANISATIONEN«: MLS - WIEN, MSB - SALZBURG, KG - INNSBRUCK, MLS - LINZ, MSO - GRAZ!

Die kommunistischen HS-Organisationen KGI, MLS Linz, MLS Wien, MSB Salzburg, MSO Graz sind übereingekommen, eine gemeinsame Liste für die Wahl des ZA der ÖH aufzustellen. Diese Liste wird von der marxistischen Liste Leoben unterstützt.

Der ZA ist das oberste Organ der ÖH, er arbeitet direkt mit verschiedenen Institutionen des bürgerlichen Staates zusammen. Die Entlarvung seiner Rolle für die bürgerliche Demokratie, die Entlarvung der bürgerlichen Studentengruppen und ihrer Politik im und um den ZA ist eine wichtige Aufgabe der kommunistischen HS-Organisationen bei und nach der Wahl.

Die politische Grundlage dieses Wahlbündnisses ist, daß alle beteiligten Organisationen kommunistische sind, die sich in einer kontinuierlichen Auseinandersetzung gemeinsame Auffassungen in den wesentlichen Fragen kommunistischer Politik auf der HS erarbeitet haben.

KANDIDATEN DER MLS

ZENTRALAUSSCHUSS DER OSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERSCHAFT:
"Liste Kommunistischer Hochschulorganisationen: MLS-Wien, MSB-Salzburg, KG-Innsbruck, MLS-Linz, MSO-Graz"
Kandidaten: GEORG FISCHER
GÜNTHER RATHNER

HAUPTAUSSCHUSS UNIVERSITÄT WIEN:
Liste: MLS
Kandidaten: KARL-PETER SCHWARZ
GEORG FISCHER
EVELYNE KLEIN

HAUPTAUSSCHUSS TECHNISCHE HOCHSCHULE WIEN:
Liste: MLS
Kandidaten: FRITZ MOSER
MARIANNE RIESE
PETER RAAB

HAUPTAUSSCHUSS AKADEMIE DER BILDENDEN KÜNSTE WIEN:
Liste: MLS
Kandidaten: JOSEF BOSCHITZ
GEORG RIEGERL

FACHSCHAFT PHILOSOPHIE UNIVERSITÄT WIEN:
Liste: MLS
Kandidaten: HELMUT SPINDLER
ANDRE GINGRICH
CHRISTINE RECHT

Auf der Ebene der Instituts- und Studienrichtungsvertretungen unterstützen wir die Kandidatur jener Institutsgruppen, deren Plattformen den Zusammenschluß der fortschrittlichen Studenten zum Kampf gegen die kapitalistische Wissenschaft und Ausbildung und für eine Ausbildung im Dienste des Volkes ermöglichen.

lichen Staat, dem geschäftsführenden Asuschuß der Bourgeoisie, der die Ausbildung in ihrem Interesse organisiert. Im Kampf gegen den Staatsapparat wird das Bündnis der studierenden Jugend mit der Arbeiterklasse geschmiedet.

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft führt zur Herausbildung und zum ständigen Anwachsen eines vom Volk getrennten Staatsapparates, dessen unterdrückerische Eingriffe in das gesellschaftliche Leben immer umfangreicher werden. Die demokratischen Rechte werden immer mehr eingeengt und beschränkt und der Druck des Staates auf die Volksmassen wächst ständig. Aber ebenso ständig wächst der Widerstand der Volksmassen dagegen. Die Arbeiterklasse organisiert und faßt die demokratischen Kämpfe unter der allgemeinen Losung zusammen "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!"

Mit der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus und im Zuge der Hochschulreform verstärkt sich auch der Druck des Staatsapparats auch auf die Studenten und ruft ihre spontanen Widerstandsaktionen hervor. Die Kommunisten greifen in diese spontanen Bewegunen ein, um in den Kämpfen die Studenten dem Einfluß der Bourgeoisie zu entziehen und für die politischen Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen. Sie führen den Kampf unter der Losung "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes!", die die Konkretisierung der allgemeinen Losung der Arbeiterklasse "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" für einen besonderen Bereich, für das Ausbildungswesen ist.

Eine Ausbildung im Dienst des Volkes ist unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich, die Voraussetzung dafür ist die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparats und die Errichtung der proletarischen Diktatur. Erst die vollständige Durchsetzung der Volksherrschaft macht es möglich, eine konsequent demokratische Organisation des Ausbildungswesens einzurichten, ein einheitliches Volksbildungswesen, in dem auch die Universitäten in den Dienst der Volksbildung gestellt werden. Die Parole "Für eine Ausbildung im Dienst des Volkes" ist die Linie, auf der das Bündnis der studierenden Jugend mit der Arbeiterklasse politisch - das heißt auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse hergestellt werden kann. Sie gibt das Ziel und die Richtung an, auf die die einzelnen Forderungen gerichtet sein müssen, damit sich die Kämpfe an den Hochschulen als Teil des Kampfs um die Volksherrschaft weiterentwickeln können. Die Forderung des Proletariats nach einer Ausbildung im Dienst des Volkes muß so zur Forderung und Linie Kampfs jener Studenten werden, die ein Interesse an einer demokratischen Ausbildung haben und dafür kämpfen.

Kämpfen wir um demokratische Rechte indem wir sie wahrnehmen !

Es geht heute darum, ein möglichst großes Feld für die Verbreitung, Vertiefung und Verschärfung des Klassenkampfes auf der Hochschule zu schaffen. Gegenüber den Eingriffen des bürgerlichen Staates verteidigen wir unsere demokratischen Rechte indem wir sie gebrauchen. Wir führen die Studenten in den Kampf gegen die einzelnen reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie, die gerichtet sind auf die Aufrechterhaltung und weitere Festigung ihrer ideologischen Herrschaft auf den Hochschulen, gerichtet sind gegen die politische Betätigung, gegen alle fortschrittlichen Bewegungen der Studenten. Die entscheidende Frage ist gegenwärtig, ob es der Bourgeoisie im Zuge der Hochschulreform gelingt, jede Kritik, jede fortschrittliche Regung auf der Hochschule zu ersticken oder ob es den fortschrittlichen Kräften gelingt, den Kampf gegen die einzelenen reaktionären Maßnahmen zu nutzen für die Organisierung und Verbreiterung der Bewegung der Kritik, der Entlarvung und des Kampfes gegen die herrschende Ausbildung und Wissenschaft zu nutzen für die Entfaltung einer Bewegung, die von den Kommunisten im Kampf mehr und mehr von der bürgerlichen Ideologie gelöst und auf die Seite des Proletariats gezogen werden kann. Wir kämpfen gegen die Hochschulreform, die darauf abzielt, die ideologische Indoktrinierung zu verschärfen, die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und Wissenschaft zu verunmöglichen, die freie politische Betätigung zunehmend einzuschränkgen. Wir kämpfen z.B. nicht gegen den Prüfungsdruck an sich, sondern weil und insoweit eine konkrete Verschärfung der Prüfungsordnung, die Auseinandersetzung mit Funktion und Inhalt der Ausbildung einschränkt. Um die in Bewegung geratenen Studenten im Kampf auf die Seite des Proletariats zu ziehen, bzw. um überhaupt erst einmal größeren Teilen der Studenten die Notwendigkeit der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte klar zu machen, müssen wir jeden Kampf gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen nutzen für eine breite Entfaltung des ideologischen Klassenkampfs, einschließlich des Kampfs gegen jede Spielart der bürgerlichen Ideologie unter den Studenten, vor allem des Reformismus.

Den ideologischen Kampf breit entfalten !

Die Massen kommen immer mehr in Widerspruch zur Bourgeoisie, ihre bürgerlichen Vorurteile zerbröckeln immer mehr. Das gibt uns die Möglichkeit, in die ideologische Offensive zu kommen und stellt uns vor die Aufgabe, überall zu allen Fragen des Klassenkampfes Stellung zu nehmen. Vor allem in den Lehrveranstaltungen, an den einzelnen Instituten und in den Institusgruppen die ideologische Auseinandersetzung offensiv führen, um die subjektiven Schwächen, die es bisher in der spontanen Bewegung gab, zu überwinden. Dabei müssen wir umfassend und beharrlich die objektiven Widersprüche darlegen, die die gegenwärtige Situation kennzeichnen und müssen Phrasendrescherei vermeiden. Indem wir über alle

Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes, über den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und den Aufbau des Sozialismus eine umfassende Aufklärung und breite Diskussion unter den Studenten entfalten, können wir zeigen, daß nur der Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus einen Ausweg aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft bietet und eine Zukunft hat.
Die besondere Aufgabe der Kommunisten auf der Hochschule ist in diesem Zusammenhang der Kampf gegen die bürgerlicheWissenschaft, die Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus. Dabei gilt es, den volksfeindlichen, reaktionären Charakter der bürgerlichen Wissenschaft und des gesamten kapitalistischen Ausbildungsystems zu entlarven, alle Illusionen über deren Klassenneutralität oder Positivität zu zerstören und einsichtig zu machen,"daß nur die Arbeiterklasse ... die Wissenschaft aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft in eine Kraft des Volkes verwandeln, die Männer der Wissenschaft selbst aus Kupplern des Klassenvorurteils, stellenjagenden Staatsparasiten und Bundesgenossen des Kapitals in freie Vertreter des Geistes verwandeln kann. Die Wissenschaft kann nur in der Republik der Arbeit ihre wahre Rolle spielen."

Geht der Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen des bürgerlichen Staats auf der Hochschule nicht einher mit dem ideologischen Kampf, müssen die in Bewegung geratenen Studenten notwendig dem Reformismus anheim fallen und einer bürgerlichen Linie aufsitzen. Solange die Studenten noch an die bürgerliche Ideologie gebunden sind, werden sie Illusionen über die Reformierbarkeit des Kapitalismus hegen und spontan den Ausgleich mit dem bürgerlichen Staat suchen, bzw. sich nicht in die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes für uneingeschränkte Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt einreihen können.

Den Reformismus, die bürgerliche Linie innerhalb der fortschrittlichen Bewegung schonungslos bekämpfen!

Um die Studenten für das Bündnis mit der Arbeiterklasse und die proletarische Revolution zu gewinnen, ist ihr radikaler Bruch mit jeder Spielart der brügerlichen Ideologie, einschließlich des Reformismus unerläßliche Voraussetzung. Der Reformismus bestärkt die Bewegung gerade in ihrer spontanen Tendenz zum Ausgleich mit dem bürgerlichen Staat - er ist das hauptsächliche ideologische Hindernis innerhalb der demokratischen Bewegung bei der Gewinnung der Studenten für den Kommunismus. Seinen organisierten Ausdruck findet er in den Studentengruppen, die den Reformismus in seiner rechten oder "linken" Variante zum Programm erhoben haben, die Exponenten der bürgerlichen Linie innerhalb der fortschrittlichen Bewegung sind. Darum kann der Kampf für eine Ausbildung im Dienste des Volkes nicht wirksam geführt werden ohne einen entschiedenen ideologischen Kampf gegen alle reformistischen Illusionen und die Gruppen, die sie aktiv vertreten.

Die Revisionisten vom KSV sind offene Vertreter des Reformismus. Nicht die Forderungen und revolutionären Ziele des Proletariats für den Ausbildungsbereich, sondern die Interessen der Studenten, die in Widerspruch geraten zur allgemeinen Dequalifizierungstendenz der Intelligenz im Imperialismus, erheben sie zum Programm ihres "Hochschulkampfes".

Im Mittelpunkt ihres Kampfes gegen die Hochschulreform sehen sie die Forderungen nach"besseren Studienbedingungen", "besserer Qualifizierung", "gesicherter Berufsperspektive". Der KSV will eine "bessere Reform", die ihre unangenehmen Seiten für die Studenten verliert. Er hängt sich so durch und durch an die rückwärtsgewandten Interessen der Studenten an, die die Aufrechterhaltung der überkommenen privilegierten Stellung der Intelligenz auf Basis kapitalistischer Verhältnisse zum Inhalt haben. Das ist jedoch eine Illusion, die durch den Gang der kapitalistischen Entwicklung ständig widerlegt wird.

Der "K"SV greift die demokratischen Bestrebungen der Studenten auf, indem er alle Forderungen "realistisch" stellt, d.h. zugeschnitten auf die Bedingungen der Bourgeoisherrschaft und die Existenz ihres staatlichen Herrschaftsapparates. Er stellt sie nicht revolutionär, sodaß sie auf Zerschlagung des staatlichen Unterdrückungsapparates, auf die Durchsetzung der vollen und ungeteilten Volksherrschaft hinzielen. Damit werden die Forderungen jedoch völlig ihres Inhaltes entleert. Der KSV will auf dem Boden des Kapitalismus eine "demokratische Ausbildung" durchsetzen. Das führt zwangsläufig dazu, daß von Demokratie im Ausbildungswesen nicht viel mehr übrig bleibt als die Mitbestimmung der Studenten - Mitverwirklichung der kapitalistischen Hochschulreform.

Die Revisionisten legen es gerade darauf an, zu vertuschen, daß eine wirklich demokratische Organisation des Ausbildungswesens, die den Bedürfnissen der Volksmassen entspricht, erst durch den Sturz der Bourgeoisie möglich wird. So führen sie nicht im Kampf um Teilziele die Studenten immer näher an die proletarische Revolution heran, sondern versuchen gerade, die Illusionen zu stärken, daß man um die Entscheidung Sozialismus oder imperialistische Reaktion auf der ganzen Linie herumkäme.

Die alten Sozialdemokraten vom VSStÖ treten anläßlich der ÖH-Wahlen mit genau demselben reformistischen Geschwätz hervor, wie die neuen Sozialdemokraten vom "K"SV. Nur so kann sich der VSStÖ angesichts der Linksentwicklung unter den Studenten einen Einfluß sichern und Stimmen erhalten. Dadurch muß er sich jedoch notwendig immer wieder in Widersprüche verwickeln. Denn organisatorisch steht er nach wie vor auf dem Boden

der SPÖ, die schon längst keine reformistische Politik mehr betreibt, sondern als Partei des Monopolkapitals heute seine Geschäfte in Alleinregierung führt. Der Kern dieser ständigen Schwankungen zwischen Kritik und Anpassung an diese Partei ist jedoch letztlich immer die Bindung der Studenten an die SPÖ.

"Sozialistische Politik ist nicht möglich ohne eine enge Zusammenarbeit der fortschrittlichen Studentenorganisationen mit den Organisationen der Arbeiterklasse, auch wenn bestimmte Teile dieser Organisationen davon nicht begeistert sind, weil sie lieber 'Sozialpartnerschaftspolitik' betreiben"(alles rotpress 4/73)

Im Gegensatz zum offenen Revisionismus der "konsequenten Studentenvertreter" vom "K"SV ist der Opportunismus der GRM viel versteckter.

Die GRM verschanzt ihre reformistische Politik hinter einem Blendwerk "revolutionärer" Phrasen. Sie führt ständig die Arbeiterklasse, den Sozialismus, den Kampf gegen die kapitlaistische Ausbildung im Mund. Das ist jedoch alles nur äußerlicher Aufputz ihrer bürgerlichen Politik.

Der Politik der GRM liegt ein völliges Unverständnis der Aufgabe des Proletariats zugrunde, alle vom Imperialismus unterdrückten Klassen und Schichten für den Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu gewinnen. Ein völliges Unverständnis dessen, daß der politische Kampf um konsequent demokratische Forderungen das wesentliche Mittel ist, um breite Volksmassen um das Proletariat zu sammeln und auf den Sturz der Bourgeoisie vorzubereiten. Sie versteht den demokratischen Kampf nur als Abwehrkampf um die Verteidigung der Rechte innerhalb der bürgerlichen Demokratie, gegen Angriffe auf die "Revolutionäre". Sie verbindet ihn nicht mit dem Kampf um den Sozialismus, d.h. sie führt ihn nicht als Kampf um die Durchsetzung der vollen und uneingeschränkten Volksherrschaft. Wo sie wirklich in die Kämpfe der Studenten eingreift und bestimmte Forderungen und Teilziele aufstellt, geht sie nicht von den politischen Forderungen des Proletariats aus, sondern von der spontanen Bewegung der Studenten. Daran ändert sich rein gar nichts dadurch, daß sie neben, bzw. in völlig äußerlicher Verbindung mit den Zielen und Forderungen, die in einer Bewegung wirklich vertreten werden, von Sozialismus und Arbeiterklasse schwätzt. Diese opportunistische Politik hat sich besonders deutlich bei der reaktionären Netzkartenkampagne gezeigt, wo sich die GRM nicht scheute, sich mit der Forderung nach "Nulltarif" an diese Bewegung anzuhängen, anstatt ihr entschieden entgegenzutreten. Dieses Ausgehen vom Standpunkt der spontanen Bewegung liegt auch dem ganzen Konzept vom "Abwehrkampf" gegen die Auswirkungen der monopolkapitalistischen Hochschulreform"zugrunde. Sie macht damit wie der "K"SV die unmittelbaren "materiellen" Interessen der Studenten an der Abwehr der Deklassierung zum Inhalt ihrer Politik und nicht das Interesse des Proletariats an der Durchsetzung einer Ausbildung im Dienst des Volkes, für die es die Studenten im Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie zu gewinnen gilt. Nur weil die Studenten "allein nichts erreichen können", "weil er (ihr Kampf) nur im Rahmen des Kampfes der Arbeiterklasse ... mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann" müssen sich die Studenten mit der Arbeiterklasse verbünden. Die GRM geht genauso vom Kampf der Studenten aus, wie der "K"SV, dessen Parole lautet: "Dem Hochschulkampf Nachdruck (!) verleihen, mit der Arbeiterklasse verbünden".

Das lächerliche Verhältnis der GRM zur Arbeiterklasse, das sie den Studenten als Bündnispolitik verkaufen will, gipfelt in der Behauptung, "eine Stimme für die Hochschulliste der GRM" sei "eine Unterstützung im Aufbau einer neuen revolutionären Avantgarde in Österreich!" (Rotfront zu den ÖH-Wahlen). Die Partei des Proletariats, die auch die demokratischen Kämpfe der Studenten anleitet, wird laut GRM durch Stimmabgabe der Studenten und nicht in den Kämpfen der Arbeiterklasse aufgebaut.

In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt, wie die Reformisten glauben. Nur der Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus kann einen Ausweg aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft, auch aus denen im Ausbildungswesen, bieten. Die fortschrittlichen Studenten müssen deshalb die politischen Forderungen und revolutionären Ziele der Arbeiterklasse unterstützen.

ZA der MLS

KRISE DES IMPERIALISMUS

Das imperialistische System gerät gegenwärtig in eine tiefe politische und wirtschaftliche Krise

Der Ölboykottbeschluß der arabischen Länder, in dem das Streben der arabischen Völker nach Unabhängigkeit zum Ausdruck kommt, war der letzte schwere Schlag gegen den Imperialismus. Nach den Siegen der Völker Indochinas, nachdem der jüngste Nahostkrieg das Unabhängigkeitsstreben der arabischen Volksmassen und ihren Wunsch nach der Befreiung Palästinas von der zionistischen Gewaltherrschaft in großem Maß verstärkt hat, nach einer Reihe großer und kleiner Niederlagen des Imperialismus überall auf der Welt - nach all dem bedeutet der Ölboykottbeschluß nichts anderes als die Ankündigung eines ganzen Erdteils, die Hegemonie der Supermächte und die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Imperialismus nicht länger widerstandslos hinnehmen zu wollen. Die Schläge der Völker der Welt erschüttern den Imperialismus von Tag zu Tag mehr. Und durch die jüngste Entwicklung ist er erneut in eine tiefe politische Krise gestürzt worden.

Die internationale Wirtschaftskrise

Einen umfassenden Charakter bekommt diese internationale Krise durch ihr Zusammentreffen mit der beginnenden wirtschaftlichen Krise. Solange es den Kapitalismus gibt, wird es ein ständiges Auf und Ab, eine ständige Folge von Hochkonjunktur und Krise geben. Seit Mitte der Sechzigerjahre sind diese zyklischen Schwankungen wieder stärker geworden. Die Krise von 1966/67 in der BRD, in der über eine Million Arbeitsplätze verloren gingen und die Produktion absolut sank und in ihrem Sog auch in Österreich, ist noch in Erinnerung. Die jetzt drohende Wirtschaftskrise wird stärker sein, denn in den letzten Jahren hat sich der Widerspruch zwischen dem Drang der Kapitalisten nach unbegrenzter Ausdehnung der Produktion, ihrer unbegrenzten Jagd nach Profit, und der relativen Beschränktheit der Märkte, die letzten Endes durch die beschränkte und in letzter Zeit sogar sinkende Konsumkraft der Massen bedingt ist, enorm zugespitzt. Und zweitens trifft die Rezession alle entwickelten kapitalistischen Länder gleichzeitig der Ausweg auf fremde, noch expandierende Märkte steht nicht mehr offen wie 1966/67.

Daß die Wirtschaftskrise bereits eingesetzt hat, zeigt die steigende Zahl von Kurzarbeit, unbezahltem Zwangsurlaub und Arbeitslosigkeit. In der BRD gibt es bereits zum Jahresbeginn eine halbe Million Arbeitslose. Die Krise wird sich im Lauf des nächsten Jahres vertiefen und vor allem ist nicht mit einem baldigen raschen Aufschwung zu rechnen, sondern eher mit dem Übergang in eine lang andauernde Depression. Das ist es, was die bürgerlichen Politiker und Journalisten als Gespenst der "Stagflation" fürchten.

Die Krise in Österreich und die Schwierigkeiten der österreichischen Bourgeoisie

Auch Österreich wird voll in die beginnende Krise des Imperialismus hineigezogen, auch wenn die Revisionisten der "KPÖ" es für noch so verwerflich halten, daß ein "neutrales" Land in die Stürme der Weltwirtschaft und Weltpolitik hineingezogen wird.

Für die österreichische Arbeiterklasse und für alle Lohnabhängigen bedeutet das gegenwärtig noch nicht die akute Gefahr von Massenarbeitslosigkeit. Es bedeutet für die Massen allerdings eine äußerste Verschärfung der Angriffe der Kapitalisten, eine massive Steigerung der Ausbeutung im Betrieb (Arbeitshetze), über den Warenmarkt (Inflation) und auch durch den bürgerlichen Staat (Steuern). Bereits 1973 sind die Nettoreallöhne, also das, was die Arbeiter auf die Hand kriegen, für die Massen der Arbeiter und für Teile des Volkes gesunken. Die Massen können sich heute bereits weniger für ihr Geld leisten als vor einem Jahr.

Die Profite der Kapitalisten dagegen sind 1972 und 1973 auf Rekordhöhen geklettert. Aber es ist nicht eine gestiegene Raffgier der Kapitalisten, eine besondere Verwerflichkeit, die sie zum Angriff auf den erreichten Lebensstandard der Massen zwingt, wie die "KPÖ" meint, sondern die objektive wirtschaftliche Entwicklung. In den letzten Jahren, vor allem seit der Krise von 1966/67, hat sich die Konkurrenz auf dem europäischen und Weltmarkt enorm verstärkt. Immer schärfer wurde der Kampf der Kapitalisten um die Sicherung und Erweiterung ihrer Marktpositionen. Wer am stärksten ist, setzt sich durch. Am stärksten ist der, der die größte finanzielle und wirtschaftliche Kraft, also die größten Profite hat. Der Große schlägt den Kleinen tot.

Während der Konkurrenzkampf auf dem ausländischen Markt sich zuspitzte, versuchten ausländische Kapitalisten zugleich immer mehr, den österreichischen Markt für sich zu "erschließen". Wachsender Importdruck und wachsende Direktinvestitionen in Österreich setzten der österreichischen Bourgeoisie zu. Der Weg in die E(W)G war in dieser Situation der einzige Weg, den die Bourgeoisie gehen konnte. Statt durch das Auslandskapital passiv "integriert zu werden", ging sie den Weg der aktiven Integration, des Versuchs, selber in die Exportoffensive zu kommen, des Versuchs auch, sich mit dem ausländischen Kapital in verstärktem Maß zur gemeinschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse zu arrangieren. Aber die österreichische Bourgeoisie ist dabei ziemlich unter Druck gekommen. 1973 ist das Zahlungsbilanzdefizit auf ca. 40 Milliarden Schilling angewachsen und die Exportwirt-

schaft steht unter starkem Druck.

Die Bourgeoisie kann dieser Entwicklung nur dadurch begegnen, daß sie produktiver und profitabler produziert. Beschleunigte Konzentration und Zentralisation, Rationalisierung und Spezialisierung auf dem Rücken der Arbeiter, steigende Antreiberei und Akkordhetze, Niederhalten der Löhne, sind dafür die Bedingung. Wie die Kapitalisten anderer Länder muß sie aus "ihren" Arbeitern auch das letzte herauspressen. Die Kapitalisten tragen ihren Konkurrenzkampf immer auf dem Rücken der internationalen Arbeiterklasse aus.

Trotz aller Steigerung der Ausbeutung ist auch die explosionsartige Steigerung der Profite in den letzten beiden Jahren noch keine ausreichende Voraussetzung, um für den internationalen Konkurrenzkampf stärker, kapitalkräftiger, manövrierfähiger zu werden als bisher.

Die Bourgeoisie muß ihre Lohnraubpolitik und die Steigerung der Arbeitshetze noch verstärken, wenn sie bestehen will. Unter den Bedingungen der herannahenden Krise gilt das umso mehr.



Wie stark die Rezession auch immer wird, wie stark sie auch immer Österreich erfassen wird - Wolken der Krise verschärfen den Konkurrenzkampf bis aufs Messer. Ein Wettlauf um Märkte und hohe Profitpolster für die Krise setzt ein wie nie zuvor. Die Preise werden mit allen Mitteln (z.B. künstliche Versorgungskrisen) hinaufgetrieben, aus dem Markt wird herausgeholt, was nur geht.

Die Arbeiter sollen den Lohnabbau kampflos hinnehmen

Zugleich sollen die Arbeiter mit allen Mitteln vom Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen abgehalten werden. Wenn es nach den Kapitalisten und ihren sozialdemokratischen Agenten in der Gewerkschaft ginge, müßten die Arbeiter kampflos zuschauen, wie ihnen das Geld aus den Taschen gezogen und der Akkord verschärft wird. Der Lohn ist Monat für Monat um ca. 1,5% weniger wert (Zahlen des statistischen Zentralamtes für Okt. und Nov. 1973), aber die geltenden Kollektivverträge, deren Erhöhungen schon zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Teuerung und Steuerprogression wieder aufgefressen waren, laufen bis weit in die zweite Jahreshälfte 1974, der Metallarbeiterkollektivvertrag sogar mindestens bis Dezember. Und auch bei innerbetrieblichen Lohnerhöhungen wird es immer schwerer: der Widerstand der Kapitalisten wird härter (wie jüngst erst die Beispiele Schrack und Wertheim zeigen) und mit ihm das Bestreben der Klassenversöhnler im ÖGB und unter den Betreibsräten, jede Bewegung der Arbeiter zu spalten, abzuwürgen, zu unterdrücken.

Durch die fieberhafte Steigerung der Ausbeutung bereitet sich die Bourgeoisie gegenwärtig auf die Krise vor. Das ist gegenwärtig die Hauptseite der Krise für die Arbeiterklasse. Dazu kommt heute schon die Streichung von Überstunden, auf welche viele Arbeiter angesichts der niedrigen Löhne angewiesen sind, Kurzarbeit, unbezahlter Zwangsurlaub und in manchen Fällen auch bereits Arbeitslosigkeit. Das zeigt nicht nur, daß es im Kapitalismus keine sicheren Arbeitsplätze geben kann, daß die Anarchie der kapitalistischen Produktion ständig und immer wieder die Existenz der Arbeiter gefährdet und wie groß die Gefahren sind, die mit der Krise einhergehen. Alle diese ersten Krisenzeichen müssen wir gegenwärtig vor allem auch von der Seite her sehen, daß sie die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage noch verstärken und so Teile der Arbeiterklasse mit doppelter Wucht davon getroffen werden.

Der österreichischen Arbeiterklasse droht für 1974 eine ernste Senkung des Lebensstandards. Das ist das "Opfer", das sie für die Folgen und zum weiteren Funktionieren der kapitalistischen Profitwirtschaft bringen soll. Davon wird immer offener geredet. Der Bundeskanzler will es verschleiern, aber es ist dennoch klar genug: "Die Zeit des Verschwendens ist vorbei...Wir alle werden lernen müssen, uns in Zukunft beim Konsum Zurückhaltung aufzuerlegen. Das Verbrauchen um jeden Preis wird sich aufhören. Man muß das alles durchstehen..." (Kronenzeitung vom 22.11.) "Zurückhaltung beim Konsum" ist der Preis, den die Massen zahlen sollen, weil die Jagd der Kapitalisten nach Profit keine Zurückhaltung kennt, die kapitalistische Wirtschaft sich immer wieder in Krisen manövriert und die Massen in Not und Elend stürzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung zwingt die Arbeiter zum Kampf

Die österreichische Arbeiterklasse kann den Lohnraub nicht einfach hinnehemen. Sie muß und wird sich gegen die maßlose Steigerung der Ausbeutung zur Wehr setzen.

Schon das Jahr 1973 hat nicht nur eine große Empörung in den Massen geschaffen, sondern auch Kampfbereitschaft, und obwohl die Kampfbedingungen sehr schwierig sind, obwohl die Arbeiterklasse keine eigene politische Klassenpartei hat, obwohl die Gewerkschaft unter der Herrschaft bürgerlicher Machthaber steht und heute kein Kampfinstrument der Arbeiterklasse ist, obwohl die Arbei-

ter durch Reformismus und "Sozialpartnerschaftsdenken" zersplittert und ideologisch an die Bourgeoisie gefesselt sind, obwohl daher jede Initiative kampfbereiter Arbeiter auf ungeheure Schwierigkeiten stößt - die Jahre der wachsenden Ausbeutung waren auch die Jahre des steigenden Widerstands. Der bisherige Höhepunkt des Kampfes der österreichischen Arbeiterklasse war der mehr als zweiwöchige Streik von über 1000 Böhlerarbeitern im Sommer 1973. Die Unzufriedenheit ist seither nicht geringer geworden.

Die Hauptfrage des Klassenkampfes ist, ob es der Arbeiterklasse gelingt, in den Bewegungen und Kämpfen zu politischer Selbständigkeit zu kommen. Die Arbeiterklasse muß sich von allen Fesseln an die bürgerliche Ideologie und die Bourgeoisie lösen und sich einzig und allein von ihren eigenen Klasseninteressen leiten lassen.

Sie muß ihre Forderungen daran orientieren, was sie braucht und was bei den gegebenen Kräfteverhältnissen durchzusetzen ist, nicht an der "wirtschaftlichen Entwicklung", an der Entwicklung des Kapitalismus, an den Interessen der Bourgeoisie. In der Hochkonjunktur wurden die Arbeiter zum Lohnverzicht gezwungen, um ihren "Beitrag zur Stabilitätspolitik" zu leisten. Jetzt sollen sie Lohnverzicht üben, um den Kapitalisten die Krise leichter verdaulich zu machen, jetzt sollen sie "den Gürtel enger schnallen" Die "wirtschaftliche Entwicklung" verlangt von den Arbeitern immer den Lohnverzicht, denn solange der Kapitalismus besteht, hat sie nur ein Ziel: die Maximierung der Profite.

Die Arbeiterklasse darf sich nicht nur nicht an der "wirtschaftlichen Entwicklung" orientieren, sie muß sich auch von der Orientierung auf den bürgerlichen Staat, auf die bürgerliche Legalität befreien. Im Dezember wurde das Arbeitsverfassungsgesetz beschlossen. Damit hat die Bourgeoisie eine neue gefährliche Waffe in der Hand, um die Arbeiter niederzudrükken, wenn "Sozialpartnerschaft" und "Klassenfrieden" gefährdet oder durchbrochen werden. Dieses von den Sozialdemokraten als bedeutender Fortschritt gepriesenes Gesetz sieht die noch stärkere Verwandlung des Betriebsrates in ein Instrument der Kapitalisten vor, es schwächt zugleich den Kündigungsschutz für Betriebsräte, es erlaubt die Abschaffung der Betriebsversammlung und die Aufsplitterung der Belegschaft in Teilversammlungen. Das Arbeitsverfassungsgesetz ist ein Instrument zu Zersplitterung und Unterdrückung jeder selbständigen Regung der Arbeiter. Die Arbeitermassen werden sich davon überzeugen, daß sie sich nur auf sich selbst verlassen, und sich nur auf die eigenen Kräfte stützen können. Und sie werden sich nur an den eigenen Interessen orientieren - bei Strafe der materiellen Herabdrückung und Verelendung. Sie dürfen im Kampf nicht vor den Schranken des Arbeitsverfassungsgesetzes und anderen Regelungen und Gesetzen des bürgerlichen Staates haltmachen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Befreiung von der Fixierung an die bürgerliche Legalität zu beschleunigen und bewußter zu machen, damit die Arbeiter sich gegen den bürgerlichen Staat, seine Gesetze und seine Gewaltorgane, alle Rechte nehmen, die sie brauchen, um ihre Existenz zu verteidigen.

Der Kampf um die politische Selbständigkeit, um die eigene Klassenpolitik, ist die Grundlage für den Kampf und die Bemühungen der Kommunisten um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei.

Im Jahr 1974 werden sich mit der Ausbeutung auch die Klassenwidersprüche objektiv verschärfen. Es hängt für die Arbeiterbewegung sehr viel davon ab, ob es gelingt, die Unzufriedenheit und Empörung in Kampfbereitschaft, die Kampfbereitschaft in Kämpfe überzuleiten und den Aufschwung der Arbeiterbewegung voranzutreiben - oder ob der Bourgeoisie die Lähmung der Arbeiterbewegung gelingt, sie noch mehr niedergedrückt und der Aufschwung der Bewegung abgebremst wird.

Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Agenten versuchen daher mit allem Mitteln, die Arbeiter zum "Stillhalten" zu bewegen. Alle Hebel setzen sie in Bewegung und alles dient dem einen Ziel: jede selbständige Regung und Bewegung der Arbeiter abzuwürgen. An erster Stelle steht dabei die Drohung mit der Arbeitslosigkeit. Die Propagandisten der Bourgeoisie tun so, als ob nicht die Inflation und alle anderen "wirtschaftlichen Schwierigkeiten" die Arbeiter zum Kampf zwingen, sondern umgekehrt der Kampf der Arbeiter um höhere Löhne die "wirtschaftlichen Schwierigkeiten" erzeugt und vergrößert. Wurde bisher den Arbeitern und ihren "maßlosen" Lohnforderungen die Schuld für die Inflation in die Schuhe geschoben, so wird ihnen jetzt gedroht, jede Lohnforderung gefährde die Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze. Es sind aber nicht die Arbeiter, sondern es ist die Jagd der Kapitalisten nach Profit und immer mehr Profit, die immer wieder Überproduktion, Absatzstockung und Krise hervorruft.

Der Lohnkampf und der Kampf gegen die Arbeitshetze ist angesichts der heraufziehenden Krise nur umso notwendiger. Je weniger die Arbeiterklasse die heute noch relativ besseren objektiven Kampfbedingungen nützt, um zu selbständigem Handeln zu kommen, Kampfkraft und Kampferfahrungen zu sammeln, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, desto härter wird sie von der Rezession getroffen, desto wehrloser und unvorbereiteter geht sie der Zukunft entgegen.

Zur Drohung mit der Arbeitslosigkeit kommt die Einschüchterung und Gewöhnung an Entbehrungen durch alle möglichen Krisenvorsorgen und Zwagsmaßnahmen des Staates (im Zug der sogenannten "Ölkrise") sowie der So-

zialchauvinismus (z.B. Araberhetze), durch den die Arbeiterklasse in eine Front mit der Bourgeoisie und dem Imperialismus gegen die unterdrückten Völker hineingezwungen werden soll.

Die Arbeiterklasse darf sich durch alle diese politisch-ideologischen Manöver und durch die Wirtschaftskrise nicht einschüchtern lassen und muß unbeirrt ihre Interessen und nur diese vertreten. Entscheidend für die Erringung der politischen Selbständigkeit ist die Durchsetzung der Erkenntnis, daß zwar die Kapitalisten den Arbeitern im Nacken sitzen, aber die Arbeiter keineswegs die Kapitalisten brauchen, sondern sehr wohl ohne sie auskommen können. Daß es keine Gemeinsamkeit der Interessen von Ausbeutern und Ausgebeuteten gibt. Wenn die Kommunisten ihren Aufgaben gerecht werden und wenn es gelingt, dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, dann wird sich auch in Österreich bewahrheiten, daß die Proletarier aller Länder und die unterdrückten Völker dem Imperialismus, dem kapitalistischen System und der Krise nicht hilflos und ausweglos gegenüberstehen. Hilflos und ausweglos steht letzten Endes nur die Bourgeoisie ihrer eigenen Krise gegenüber. Nicht die Völker fürchten den Imperialismus, sondern der Imperialismus fürchtet die Völker.

W.L.

DIE ARABISCHE ÖLPOLITIK UND DER KONKURRENZKAMPF DER IMPERIALISTEN

Die Maßnahmen der erdölexportierenden Länder haben die Imperialisten zum Tanzen gebracht. Das arabische Erdöl - die bislang billigste Energiequelle für die imperialistischen - Staaten - ist zu einer Waffe in der Hand der für ihre Unabhängigkeit eintretenden Staaten des Nahen Ostens geworden. Je knapper jedoch die Anteile der einzelnen Imperialisten an der Beute werden, desto mehr versuchen sie ihren Einfluß zu vergrößern und desto schärfer und erbitterter wird der Konkurrenzkampf zwischen ihnen. Durch rücksichtslose Ausplünderung der Völker der Verbraucherstaaten über Preissteigerungen und Versorgungsstops versuchen die Imperialisten, ihre Positionen in diesem Kampf zu verbessern. Gleichzeitig gehen sie daran, alle ihre Hebel in Bewegung zu versetzen, um sich die hohen Profite zu sichern und schrecken dabei auch vor Kriegsvorbereitungen nicht zurück. Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der ganzen Welte haben jedoch keinen Grund, in den arabischen Völkern Feinde zu sehen. Im Gegenteil, die Bedingung für die Freiheit der arabischen Völker ist zugleich die Bedingung für die Freiheit der Völker in den Metropolen: der Sturz des Imperialismus.

Die Energiekrise ist eine Krise des Imperialismus, sie ist ein Produkt der Anarchie, die die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnet. Sie ist keine Folge einer "naturgegebenen", geographisch bedingten Abhängigkeit der nördlichen Hemisphäre vom Öl des Nahen Ostens. Sie ist einzig und allein verursacht von der Planlosigkeit, mit der die Kapitalisten an die Nutzung der Energiereserven der Erde herangehen.

In weiten Teilen der Welt lagern noch Erdölreserven, die zwar bekannt sind, an deren Erschließung aber nicht gearbeitet wird. Die kanadischen Erdölvorkommen sind beinahe so groß wie die des Nahen Ostens. In den USA selbst lagern Riesenhalden von ölhaltigem Schiefer, die nach Schätzungen sogar noch mehr Öl hergebsn würden (vgl. Spiegel nr. 45). Es ist nichts als eine glatte imperialistische Lüge, wenn behauptet wird, daß es zuwenig Öl auf der Erde gibt. Ganz zu schweigen von den übrigen Energiereserven, deren Nutzung (wie z.B. bei der Kohle) sogar gedrosselt wird.

Klar ist jdoch auch warum - die Entwicklung und Nutzung der Ölressourcen der imperialistischen Länder und ihrer anderen Energiequellen ist wesentlich weniger profitabel als der Raub des nahöstlichen Erdöls.

Imperialistische Konzerne und Staaten profitieren vom Erdöl

Die großen Ölkonzerne stehen - was Umsatz und Profit betrifft - nicht umsonst an der Spitze aller monopolkapitalistischen Konzerne. 1971 haben die 39 amerikanischen Ölfirmen einen Umsatz von 65 800 Millionen US-Dollar gemacht und Profite von 4 600 Mill. Dollar. Das sind in jeder Hinsicht Rekordzahlen und sie wurden in keiner anderen Branche der USA erreicht. Im letzten Jahr haben die amerikanischen Ölkonzerne ihre Profite nocheinmal um 60% gesteigert. Bis vor wenigen Jahren konnten die Erdölmonopole noch ungehindert allein den Förderzins für die Abnahme des Öls festsetzen.

Aber nicht nur die Ölfirmen profitieren von der Ausplünderung der arabischen Staaten. Besonders in Westeuropa beteiligen sich die imperialistischen Staaten direkt an dem Bombengeschäft. 60 % des Benzinpreises und ein Drittel des Heizölpreises steckt der österreichische Staat an Steuern ein. Die jüngste Preiserhöhung für Mineralölprodukte wird dem Staat einige Milliarden Schilling mehr bringen. Ähnliches gilt für den westdeutschen Staat. Das Interesse der imperialistischen Staa-

ten, Einfluß auf die nahöstliche Rohölproduktion zu bekommen bzw. zu erhalten, bestimmt sich also nicht nur aus der Abhängigkeit der Industrien vom Öl, sondern auch daher, daß sie über die Steuerpolitik gewaltige Mittel für ihre Budgetpolitik aus dem Erdölgeschäft herausholen.

Die arabischen Staaten verteidigen ihre nationalen Interessen

Dem vitalen Interesse der Imperialisten, die Erdölzufuhr zu billigstem Preis zu erhöhen, steht das ebenso vitale Interesse der Erzeugerstaaten an der Anhebung der Rohölpreise und der Einschränkung der Ölproduktion entgegen, um den Reichtum möglichst lange zu erhalten. Die Gründung der OPEC war der erste Schritt der erdölproduzierenden Länder, der schrankenlosen Ausplünderung ihrer nationalen Ressourcen durch die Imperialisten Widerstand entgegenzusetzen. Erste Erfolge brachte die Konferenz von Teheran im Jahre 1970, bei der eine leichte Anhebung des Ölpreises durchgesetzt werden konnte (siehe Kasten).

DIE MASZNAHMEN DER OPEC-STAATEN

Seit 1970 gingen die arabischen OPEC-Länder Schritt für Schritt gegen das Kartell der großen Ölgesellschaften vor. Zunächst befahl der Lybische Staatschef Ghadafi den Ölgesellschaften, die Produktion zu drosseln und höhere Abgaben zu zahlen. Im Dezember einigten sich die OPEC-Länder auf die Forderung nach Erhöhung des Steuersatzes, einer Erhöhung des Verrechnungspreises und einen Inflationsausgleich. Im Jänner 1971 wurden in Teheran in einer Verhandlung der 6 OPEC-Länder vom arabischen Golf mit den Ölgesellschaften weitere Abgabenerhöhungen durchgesetzt.

Entscheidend für die Unabhängigkeit der ölproduzierenden Länder von den Ölgesellschaften ist jedoch der Entzug der langjährigen Ölkonzessionen, um die direkte Verfügung über die nationalen Ölvorkommen zu erreichen. Den ersten Schritt in diese Richtung tat die algerische Regierung, die im Februar 1971 51% der französischen Ölanlagen verstaatlichte. Im Dezember 71 enteignete Lybien den gesamten Besitz der britischen Petroleumgesellschaft BP. Anfang Juni 1972 gelang dann der irakischen Regierung der größte Schlag, indem sie die Anlagen von 4 großen Gesellschaften, der BP, der Shell (holländisch/britisch), der Compagnie française des petroles (französisch) und der weltgrößten US-Gesellschaft ESSO, sowie der Mobiloil verstaatlichte. Im vergangenen Jahr Jahr handelten 5 Erdölstaaten, unter ihnen Saudi-Arabien, den Ölgesellschaften einen Vertrag ab, der die schrittweise Verstaatlichung von zunächst 25% im Verlauf des Jahres 73 bis 51% im Jahre 1981 vorsieht. Ende des vergangenen Jahres erhöhten die OPEC-Staaten die Rohölpreise um ungefähr 100%.

Der Kampf um die Unabhängigkeit und die Verteidigung der nationalen Ressourcen konnte jedoch beim bloßen Feilschen mit den Konzernen nicht stehen bleiben. Er mußte sich zunehmend auch gegen die politischen und militärischen Instrumente richten, mit deren Hilfe die Imperialisten die Völker des Nahen Ostens schwächen und spalten, um sie ausbeuten zu können. Die Maßnahmen der arabischen Staaten während und nach dem Oktoberkrieg bezeichnen eine neue Qualität des Kampfes um das Erdöl. Der Kampf wurde erstmals ausgedehnt auf die imperialistischen Staaten, die hinter den Ölkonzernen als militärische und politische Stützen stehen, also v.a. gegen den US-Imperialismus und teilweise auch gegen die europäischen imperialistischen Staaten. Der Boykott gegen die USA und andere proisraelische Staaten diente kurzfristig dazu, den zionistischen Staat zu isolieren, langfristig handelt es sich dabei um einen Bestandteil des Kampfes gegen die großen Erdölmonopole und für die Kontrolle über die eigenen Ölvorräte. Die schon lange schwelende politische Krise des Imperialismus ist mit den arabischen Maßnahmen in ein akutes Stadium eingetreten. Die Imperialisten, die bereits in der ganzen Welt große Niederlagen erlitten haben, sehen sich heute auch im Nahen Osten Staaten gegenüber, die sich ihrer Hegemoniepolitik widersetzen.

Die arabische Ölpolitik ist ein Nebenprodukt des revolutionären Aufschwungs in der Welt

Es ist bekannt, daß die Boykottmaßnahmen von Staaten getragen werden, die keineswegs fortschrittlich sind. Einige von ihnen werden von halbfeudalen Cliquen regiert, die von den Imperialisten bis zu den Zähnen aufgerüstet sind, um die Volksmassen niederzuhalten, einige sind reaktionäre bürgerliche Republiken, in denen die Arbeiter und Bauern ebenfalls brutal unterdrückt werden. Es ist bekannt, daß die Front der arabischen erdölproduzierenden Staaten keineswegs geschlossen und konsequent ist und es ist auch richtig, daß die Ölpolitik dieser Regierungen auch dazu dient, die eigenen Volksmassen vom Kampf gegen Imperialismus und Reaktion abzuhalten.

Es wäre jedoch grundfalsch, daraus eine gleichgültige oder gar ablehnende Haltung gegenüber den erdölproduzierenden Staaten abzuleiten. Die Ölpolitik der arabischen Staaten muß vielmehr als ein Nebenprodukt des verstärkten Drucks der Völker auf die Regierungen und der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus verstanden werden.

Erstens zwingt die erstarkende antiimperialistische und nationale Bewegung auf der ganzen Welt und insbesondere im Nahen Osten auch die reaktionärsten Staaten zur Einnahme einer härteren Haltung gegenüber den Imperialisten. Zweitens verschafft die Vertiefung und Ausweitung der Krise des Imperialismus und seine Abhängigkeit vom Öl den Statthaltern und Knechten der Imperialisten die Möglichkeit, von ihren Herren einen größeren Teil der Beute für sich selbst zu verlangen. Diese Möglichkeit wird - drittens - vergrößert durch die Existenz des sozialistischen Lagers mit der VR-China an der Spitze, das politisch

und durch die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit diesen Staaten ihre Autonomiebestrebungen unterstützt und damit die Widersprüche zwischen den Imperialisten und ihren Lakaien verschärft. Die Folgen der härteren Haltung der arabischen Staaten bedeuten einen schweren Schlag für den Imperialismus. Die Maßnahmen dieser Staaten zeigen deutlich, daß durch die äußerst günstige Weltlage für die Kämpfe der unterdrückten Völker sogar reaktionärste Staaten gezwungen sind, in bestimmten Maß gegen den Imperialismus Stellung zu beziehen. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff: das ist ein sehr gutes Zeichen. In allen Maßnahmen, die dazu dienen, den Imperialismus zu schwächen, müssen diese Staaten unterstützt werden, ungeachtet ihres Klassencharakters, ungeachtet der Motivation, mit der sie selbst diese Maßnahmen ergreifen.

Die Konkurrenz der Imperialisten verschärft sich

Die Zusammenarbeit der erdölproduzierenden Staaten und ihr Ergebnis trifft die Imperialisten hart. Das besonders heute, da der Konkurrenzkampf zwischen ihnen äußerst erbittert geführt wird und traditionell dominierende imperialistische Staaten von neuen imperialistischen Staaten schrittweise zurückgedrängt werden. In diesem Kampf kann es sich kein imperialistischer Staat leisten, von der Erdölzufuhr abgeschnitten zu werden. Derjenige, dem jetzt der Ölhahn abgedreht wird und der teurere Energieträger entwickeln muß, verpaßt den Anschluß. Die Abhängigkeit der verschiedenen imperialistischen Mächte vom arabischen Erdöl ist jedoch unterschiedlich, ebenso ihr Einfluß und ihre Ambitionen.

Die beiden Supermächte, die heftig miteinander um die Welthegemonie ringen, sind beide zur Zeit nur zu einem relativ geringen Teil vom Öl aus arabischen Quellen abhängig. Bei der USA sind es heute erst 10% und auch die Sowjetunion ist in der Lage, ihren Bedarf selbst zu decken. Beide Supermächte profitieren jedoch gewaltig davon, das Öl im Nahen Osten einzukaufen und an andere Staaten weiterzuverschachern. Die SU bezieht z.B. billiges Erdöl und Erdgas aus dem Iran und aus den Ländern am arabischen Golf und verkauft es viermal so teuer an europäische Staaten. Österreich importiert z.B. ein Siebtel des Gesamterdgasimports aus der Sowjetunion.

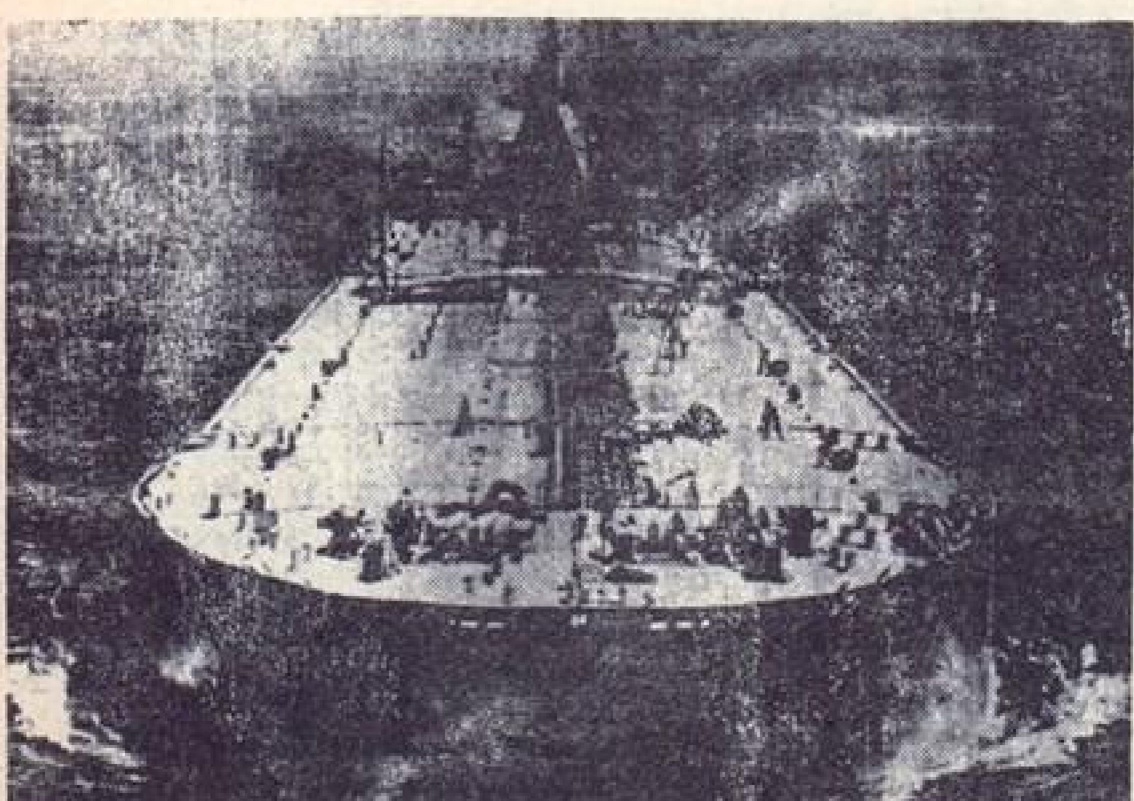
Die Abhängigkeit vieler Staaten von dem über die beiden Supermächte gelieferten Erdöl ist ein wichtiges Instrument für die USA und die SU, ihren Einfluß auf diese Länder zu erweitern bzw. zu festigen. Erst an zweiter Stelle rangiert die Notwendigkeit für die Supermächte, dem steigenden eigenen Ölverbrauch wirkungsvoll durch die Sicherung der Energiezufuhr aus dem Nahen Osten entgegenzukommen.

Alleingang der beiden Supermächte

Das Zentrum des Kampfes der beiden Supermächte ist nicht die Dritte Welt, sondern Europa. Während die USA, die den Höhepunkt ihrer Macht bereits mit der Niederlage im Koreakrieg überschritten haben, auch in Europa langsam zurückweichen, bauen die sowjetischen Sozialimperialisten hier ihre militärischen, politischen und wirtschaftlichen Stellungen aus. Die Autonomie- und Vereinigungstendenzen der europäischen Imperialisten sind den beiden Supermächten ein Dorn im Auge. Die USA, die gigantische Summen in Westeuropa investiert haben, fürchten durch den Zusammenschluß der europäischen Staaten eine weitere politische und wirtschaftliche Verschlechterung ihrer ohnehin äußerst gefährdeten Lage. In einem schwachen und zersplitterten Europa das Erbe des niedergehenden USA-Imperialismus anzutreten, ist auch den sowjetischen Sozialimperialisten lieber, als sich an einem neuen westeuropäischen imperialistischen Block, der ihrer Infiltration Widerstand leisten könnte, die Zähne auszubeißen. Die beiden Supermächte tun daher alles, um ihren sich herausbildenden imperialistischen Konkurrenten niederzuhalten.

Im Nahen Osten zeigt sich das z.B. im Alleingang der USA und der Sowjetunion in bezug auf die Friedensregelung. Mit dem Ausbruch des Oktoberkrieges intensivierten die Supermächte ihren Wettstreit in diesem Gebiet und bei gleichzeitiger Zusammenarbeit monopolisierten sie die Nahost-Angelegenheiten unter Ausschluß der westeuropäischen Staaten.

Diese Politik beunruhigt die westeuropäischen Imperialisten umso mehr, als Westeuropa weit mehr vom Erdöl des Nahen Ostens abhängig ist als irgendeine der beiden Supermächte. In den meisten westeuropäischen Ländern werden drei Viertel der Energie aus Ölprodukten gewonnen und zu ungefähr 80% wird Westeuropa aus dem Mittleren Osten und aus Nordafrika mit Öl versorgt.



SUPERTANKER DER ÖLKARTELLE WARTEN VOR DEN HA-EN DARAUF, DA S DIE PREISE FÜR BENZIN UND HEIZÖL WEITER STEIGEN

Die westeuropäischen Imperialisten formieren sich

Die westeuropäischen Imperialisten trachten daher danach, sich direkt Zugang zu den Ölquellen zu verschaffen und ihre Energieversorgung nicht von den Supermächten abhängig sein zu lassen. Der Alleingang der USA im Oktoberkrieg hatte zur Folge, daß kein einziger ihrer

europäischen Verbündeten die Versorgung der israelischen Armee über sein Territorium gestattete. Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums sagte auf einer Pressekonferenz: "Wir werden von einer Anzahl unserer Allierten attackiert, die soweit gehen, sich in Wirklichkeit öffentlich von uns abzusetzen." (n.Peking Rundschau Nr. 48).

Welcher Ausweg steht den westeuropäischen Staaten offen?

Die Europäische Gemeinschaft ist auf dem Wege dazu, eine eigene Supermacht zu werden, aber es ist durchaus noch nicht soweit, Europa verfügt heute noch nicht über die Möglichkeiten zu einer selbständigen und wirkungsvollen, politischen und militärischen Expansion. Das Bündnis mit den USA ist nach wie vor essentiell und entsprechend auch die Unterstützung der proamerikanischen Bastionen im Nahen Osten, allen voran Israels. Zu einem Bruch mit den USA sind die europäischen Imperialisten heute noch zu schwach.

Nach Möglichkeit versuchen sie jedoch bereits heute, der Abhängigkeit von der Ölzufuhr über amerikanische Konzerne zu entrinnen. Die französischen Imperialisten planen, eine eigene Tankerflotte aufzubauen. Eine Reihe europäischer Staaten geht Seperatverträge mit verschiedenen Förderländern ein, die ihre eigene Versorgung sicherstellen sollen (z.B. Vertrag zwischen BRD und Iran). Beim Besuch des Schah in Wien wurde in Gesprächen mit Kreisky, Staribacher, Sallinger, Igler und Geist die Aufnahme konkreter Verhandlungen zwischen der österreichischen und der iranischen Regierung vereinbart. Eine österreichische Delegation soll bereits Ende dieses Monats nach Teheran entsandt werden. Verhandlungsgegenstand wird die Frage von Öllieferungen nach Österreich sowie der Aufbau einer gemeinsamen österreichisch-iranischen Erdölraffinerie sein. Neben der Taktik des Herausbrechens besonders reaktionärer Staaten aus der Front der erdölproduzierenden Länder bemühen sich die europäischen Imperialisten auch um die Ausdehnung ihres neokolonialistischen Einflusses auf die nationalistischen arabischen Staaten. Auch dabei gehen Frankreich (Verträge mit Algerien) und die BRD voran.

Das Kommuniqué der EWG-Außenministerkonferenz vom 6. November, in dem von Israel der sofortige Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten verlangt wurde, war ein folgerichtiger Schritt. Da sie noch keine direkten militärischen und politischen Einflußmöglichkeiten haben, versuchen sich die westeuropäischen Imperialisten bei den arabischen Staaten anzubiedern und die Verbindungen zu ihnen zu verstärken. Gleichzeitig intensivieren sie jedoch die innereuropäische politische und militärische Zusammenarbeit. Brandt besprach bei seinem Besuch in Frankreich im November mit Pompidou die Grundsätze für eine gemeinsame europäische Militärmacht und die gemeinsame Verfügung und Ausweitung des europäischen Atompotentials.

Die bürgerliche Presse war sich in ihren Schlußfolgerungen aus dem Oktoberkrieg einig: eine gemeinsame europäische Streitmacht ist notwendig (vgl.) Peking Rundschau Nr.49). Wem die künftigen Aufgaben einer solchen Streitmacht noch nicht klar sind, soll sich durch ein führendes westdeutsches Bourgeoisieblatt belehren lassen, in dem offen Pläne für eine Intervention in arabischen Ländern geschmiedet werden. "Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Libyens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein."(Wirtschaftswoche,26.10.) Laut Spiegel vom 25.10. werden dieselben Überlegungen auch auf höchster Ebene der NATO angestellt. Die österreichische Bourgeoisie macht dabei wacker mit: "Es ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß der Druck hungernder und frierender Massen in Europa oder in den USA militärische Handlungen auslöst - und darunter wäre die Besetzung v.a. der Scheichtümer am persischen Golf zu verstehen." (Presse, 27.11.)

Hand in Hand mit diesen Spekulationen, die den Imperialisten den Mund wässrig machen, geht die ideologische Vorbereitung einer militärischen Intervention. Die bürgerlichen Massenmedien entfalten seit dem Oktoberkrieg eine beispiellose Hetze gegen die arabischen Staaten und malen das Schreckgespenst von Depression und Arbeitslosigkeit, an der die Araber schuld sein sollen, an die Wand.

Die Völker haben gemeinsame Interessen

In den imperialistischen Staaten selbst bedeutet die Verschärfung des Konkurrenzkampfes und die Formierung der europäischen Reaktion eine neuerliche enorme Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes. Was sich die Monopolkapitalisten in den arabischen Ländern nicht mehr holen können, das holen sie sich von der Bevölkerung der Verbraucherstaaten durch Preissteigerungen und Versorgungsstop für Mineralölprodukte. Es wird dabei deutlich, daß der Gegner der Volksmassen in den Metropolen nicht die arabischen Staaten, sondern die Bourgeoisien sind. Die unterdrückten Völker des Nahen Ostens und die Völker der imperialistischen Staaten haben einen gemeinsamen Feind und das gemeinsame Ziel, diesen Feind zu vernichten.

Um über die herannahende Krise hinwegzukommen, versucht die Bourgeoisie heute die Arbeiterklasse und das Volk für eine "Notgemeinschaft" zu gewinnen und sie in ihre Aggressions- und Expansionspläne gegen die arabischen Völker einzuspannen. Die Arbeiterklasse setzt dem die Losung entgegen: "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!"

K.P.Sch.

IMPRESSUM:
Eigentümer, Vervielfältiger, Herausgeber und Verleger: MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDENTENORGANISATION; Für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider; alle 1080 Wien, Mölkergasse 3

Polizei prügelt für den Schah!

Schon Tage vor dem jüngsten Schah-Besuch konnte man in der Zeitung lesen, daß diesmal besondere Sicherheitsmaßnahmen ergriffen würden, und daß die Polizei etwas nervös sei. Offensichtlich hatte die Polizei von oberster Stelle Order bekommen, daß diesmal wirklich alles glatt gehen müsse - schließlich stünden größere Geschäfte der österreichischen Bourgeoisie auf dem Spiel.

Eine ordnungsgemäß angemeldete Demonstration wurde sogleich untersagt. In Leoben nahm man in den Unterkünften iranischer Studenten Hausdurchsuchungen vor. Am 27. Dezember wurden drei persische Kollegen in Wien beim Plakatieren festgenommen. Zu Beginn des neuen Jahres waren sie noch immer nicht aus der Haft entlassen!

Am 28.Dezember wurde eine Kundgebung der iranischen Kollegen vor dem Hotel Imperial auseinandergetrieben. Dabei ging die Polizei vergleichsweise noch milde vor. Der Ring ist zu belebt, um hemmungslos um sich dreschen zu können. Bei dieser Gelegenheit gab es auch keine Verhaftungen.

Am 29. Dezember versammelten sich 60 iranische und österreichische Kollegen vor der Rossauer-Kaserne, um einer Delegation Rückhalt zu geben, die mit den drei persischen Kollegen, die am 27. festgenommen worden waren, sprechen wollte. Das Ende der Versammlung war, daß sich Polizisten aus der Kaserne ohne Vorwarnung auf die Kollegen stürzten und wild auf sie einzuprügeln begannen. 13 Kollegen(darunter10 persische Kollegen) wurden festgenommen und brutal zusammengeschlagen. Die Nervosität der Polizei ging so weit, daß ein festgenommener iranischer Kollege mit gezogener Pistole zum Verhör eskortiert wurde.

Die Polizei hatte den Auftrag, für den Schah zu prügeln und erfüllte ihn mit in Wien bisher beispielloser Brutalität. Der Grund dafür ist, daß es auf Grund der besonderen ökonomischen und politischen Interessen, die die österreichische Bourgeoisie gerade mit diesem Besuch des Schah verband, notwendig war, jeglichen Protest so schnell wie möglich niederzuschlagen.

Aber die Freundschaft der österreichischen Bourgeoisie mit dem Schah und seinem Regime ist traditionell. Schon bei früheren Besuchen des Schah tat man alles, um den Protest gegen die Anwesenheit dieses Verbrechers in Österreich zu unterdrücken. Dabei arbeiteten die österreichischen Sicherheitsbehörden immer eng mit dem berüchtigten persischen Geheimdienst SAVAK zusammen, einer Terrororganisation, die nicht nur in Persien selbst mit unglaublicher Brutalität vorgeht, sondern auch im Ausland nicht davor zurückschreckt, dem Schah den Weg freizuprügeln. So anläßlich des Schah-Besuches 1969 in Wien, als Agenten der SAVAK protestierende persische und österreichische Kollegen vom Auto aus überfielen, zusammenschlugen und verschleppen wollten, und die österreichische Polizei dagegen nichts unternahm.

Diesmal war die Situation besonders heikel. Die österreichischen Kapitalisten, vertreten durch ihre Regierung, wollten mit dem Schah ins Geschäft kommen. Die Aussichten auf Öllieferungen und beträchtlichen profitablen Kapitalexport waren durchaus realistisch. Der Schah kam bereits mit der Antwort auf ein Exposée der österreichischen Bundesregierung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit das schon einige Wochen früher übergeben worden war, nach Wien.

Eine positive Antwort auf die Vorschläge der österreichischen Bundesregierung hing sicher nicht nur davon ab, daß beim Besuch alles ruhig und ohne Zwischenfälle verlief, aber größere Demonstrationen und sonstige Aktionen hätten den Verlauf der Gespräche sicherlich gestört. Weiß man doch, daß der Schah größere Geschäfte mit europäischen imperialistischen Ländern unter anderem auch davon abhängig macht, daß die Behörden des betreffenden Landes opppositionelle iranische Studenten, die dort studieren, zum Schweigen bringen und gegebenenfalls auch bereit sind, diese an das Schah-Regime auszuliefern. Diese Forderung stellte der Schah ausdrücklich gegenüber der BRD, die vor wenigen Wochen ein Mammutgeschäft mit dem Iran abschloß. Die Föderation iranischer Studenten (CISNU) in der BRD ist heute von einem Verbot bedroht.

SCHLUSS MIT DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN ÖSTERREICHISCHER POLIZEI UND SAVAK !

WEG MIT DEN REPRESSALIEN GEGEN PERSISCHE KOLLEGEN !

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG ALLER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN !



AM 14. DEZEMBER DEMONSTRIERTEN IN WIEN 600 MENSCHEN GEGEN DEN KONTERREVOLUTIONÄREN TERROR DES SCHAH-REGIMES IM SOLD DES IMPERIALISMUS

Österreichische Bourgeosie bemüht sich um Einfluß im Iran

So wie alle anderen europäischen imperialistischen Staaten, ist auch Österreich nicht von der Energiekrise verschont geblieben. In den letzten Wochen verstärkte sich daher der Druck auf die Regierung, ein langfristiges Energiekonzept auszuarbeiten und entsprechende Schritte in die Wege zu leiten, um die Energieversorgung zu gewährleisten. Anläßlich des Schahbesuches zur Jahreswende hat die Regierung die Gelegenheit beim Schopf gepackt und umfassende Verhandlungen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem iranischen Regime eingeleitet.Sowohl soll ein Teil der notwendigen Ölversorgung sichergestellt, als auch umfangreicher Kapitalexport in den Iran möglich gemacht werden. Die österreichischen Kapitalisten versuchen damit, die Konsequenzen aus der "Energiekrise" zu ziehen und folgen in ihrer Politik vor allem dem Beispiel der BRD.

Schah-Wachhund des Imperialismus

Als Anfang der 50er Jahre die republikanische iranische Regierung das iranische Erdöl verstaatlichen wollte, konnte das Ölkartell noch einen Boykott durchsetzen und schließlich mit Hilfe des CIA die Macht über den Iran zurückerobern. Der wiedereingesetzte Schah beseitigte alle demokratischen Errungenschaften und gab den Ölkonzernen die Konzessionen wiederum zur freien Ausbeutung zurück.

Die jetz vom Schah verkündete Nationalisierung der Ölanlagen tut den internationalen Ölgesellschaften überhaupt nicht weh und dient einzig und allein dazu, die Volksmassen zu täuschen. Die Nationalisierung ist keine Verstaatlichung, sondern die Zusammenfassung aller ausländischen Konzessionen in einer Gesellschaft, an der die britische BP und die niederländisch/britische Shell 54 % der Anteile haben, den Rest teilen sich eine französische und 4 US-Gesellschaften sowie eine iranische unter sich auf.

Politisch vertritt der Schah voll und ganz die Interessen des Imperialismus, allen voran des US-Imperialismus. Im Inneren hält er die Volksbewegung gegen den Imperialismus und die einheimische Reaktion mit faschistischem Terror nieder, nach außern verfolgt er eine expansive Politik im Sold des Imperialismus. Immer wieder weist der Schah darauf hin, daß er jede revolutionäre Bewegung in den Golfländern niederzuschlagen gedenke, falls die politischen Verhältnisse in diesem Raum gefährdet sein sollten. Dafür pumpen die imperialistischen Länder ungeheure Mittel in den Iran, um das Schahregime bis an die Zähne aufzurüsten. So hat allein die BRD nur für das Jahr 73 für 40 Millionen Mark Waffen an das Schahregime geliefert. Als weitere Gegenleistung spaltet der Schah auch die einheitliche Front der arabischen Staaten, indem er sich davon abgrenzt, das Öl als "politische Waffe" zu gebrauchen und bei der Festsetzung des Rohölpreises eine bremsende Rolle spielt.

Österreich folgt dem Beispiel der BRD

Die große Bedeutung des Iran für eine zuverlässige Ölversorgung haben auch die österreichischen Kapitalisten rasch bemerkt. Die traditionell guten Beziehungen zum Schah haben es dabei erleichtert, das Geschäft rasch in Gang zu bringen. So sagte Kreisky: Im übrigen sei"die Freundschaft mit dem Iran nicht erst durch die Ölkrise entstanden"(zit. nach AZ vom 30.12.73).

Es geht den österreichischen Kapitalisten und der österreichischen Regierung aber nicht nur darum, Öl aus dem Iran zu bekommen (aktuell ist das gar nicht möglich), sondern auch darum den Kapitalexport in den Iran anzukurbeln. Die Initiativen, die die Regierung anläßlich des Schah-Besuches setzte, entsprechen genau dem, was Sallinger bei einer Tagung der Industriellenvereinigung angeregt hat: den Aufbau von Vertriebsfirmen und die teilweise Verlagerung der Produktion ins Ausland, um auf den ausländischen Märkten besser ins Geschäft kommen zu können. (Man muß sich auch daran erinnern, daß der Bundeskanzler festgestellt hat,, das "Gastarbeiterproblem" ließe sich dadurch lösen, daß in den betreffenden Ländern mehr an Ort und Stelle investiert werde). Den Pressemeldungen nach scheint das bezüglich des Iran realistisch zu sein. So heißt es in der "Presse":"Es gehe im wesentlichen um gemeinsame Beteiligungen in beiden Ländern, v.a. an der neuen, in Aussicht genommenen Raffinerie, die beiden Ländern zu beiden Teilen gehören soll."

"Im Gespräch stand auch der Bau einer Ölpipeline, welche von den iranischen Ölfeldern zum persischen Golf führen soll"..."Durch den Direktimport via Pipeline (unter Ausschluß der internationalen Gesellschaften) würde Österreich aber in die Lage versetzt werden, nicht bar bezahlen zu müssen, sondern es könnte Industrieprodukte als Gegenleistung anbieten"(alles aus Presse, 31.12.73)

Aber nicht nur für das Ölgeschäft stehen die Aussichten sehr günstig, es gibt noch zahlreiche andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit, "so bezüglich der Produktion von Alu-Folien, petrochemischer Produkte und v.a. hinsichtlich von Edelstahl. Es gebe auch Vorhaben im Bereich der Elektroindustrie und darüber hinaus noch Bauprojekte, wobei nicht nur die verstaatlichte, sondern auch (!) die private Industrie profitieren werde" (ebenda).

Welches Volumen diese Beziehungen erreichen werden, ist noch nicht abzuschätzen, sie werden aber für den österreichischen Kapitalismus eine nicht unwesentliche Bedeutung haben. Deutlich ist aber schon jetzt, daß die österreichischen Kapitalisten zielstrebig versuchen,

sich soweit als möglich im Iran zu engagieren. Wenn auch auf kleinerer Stufenleiter, liegen diese Initiativen auf derselben Ebene wie die der BRD und haben dieselben Ziele.

Damit gerät der österreichische Imperialismus in einen offenen Widerspruch zum iranischen Volk, das für die Unabhängigkeit und Freiheit vom Imperialismus kämpft. Die Unterstützung für den Schah von seiten der Bundes regierung hat jetzt ganz offen ökonomische Gründe. Das ist auch der Hintergrund für das besonders harte und brutale Vorgehen der Polizei anläßlich des Schah-Besuches. Unter keinen Umständen wollte man irgendwelche Aktionen zulassen, die die für die Geschäftsabschlüsse notwendige Ruhe hätten stören können.

P.M.

DAS BLUTBAD VON ROM UND ATHEN

Neuerliche kriegstreiberische Hetze gegen Araber - Haltung der PLO zum individuellen Terror - Agents provocateurs des Imperialismus und Zionismus

Der Terroranschlag auf die PANAM-Maschine in Rom/Fiumicino und die Entführung einer deutschen Lufthansa-Maschine nach Athen ist von den bürgerlichen Massenmedien als willkommener Anlaß benützt worden, um gegen die palästinensische Revolution und die arabischen Staaten zu hetzen. Neu dabei ist, daß es die Schmierenjournalisten des Kapitals nicht dabei bewenden ließen, die palästinensische Widerstandsbewegung als Terroristenhaufen zu diffamieren, sondern den Terrorakt mit den Maßnahmen der arabischen Staaten zur Verteidigung ihrer Erdölresourcen gegen deren imperialistische Ausplünderung gleichzusetzen.

Pogromhetze gegen die Araber

In der Kronenzeitung vom 18. Dezember wird ein direkter Zusammenhang zwischen der "kollektiven Geiselnahme Europas" über die Erhöhung der Rohölpreise und dem Attentat von Rom und Athen hergestellt.

"Wann ist endlich Schluß mit dem Araberterror?" wird gefragt und dabei die Existenz einer Kette von gegen die europäischen Völker gerichteten Terror- und Erpressungsmaßnahmen der Araber suggeriert, die Lieferstop, Rohölpreiserhöhung und Flugzeugentführungen einschließen soll. Im gleichen Atemzug wird die "unentschlossene" und "unsolidarische" Haltung Europas beklagt, das es bislang unterlassen habe, "gebührend" (d.h. militärisch) zu intervenieren, um dem "Araberspuk" ein Ende zu machen.

Diese Hetzpropaganda dient der Anheizung einer Pogromstimmung gegen dieAraber, sie ist Teil der ideologischen Vorbereitung einer bewaffneten Intervention des Imperialismus im Nahen Osten. Durch das Zerrbild einer von den arabischen Dunkelmännern mittels Ölpolitik (Kronenzeitung-Schlagzeile: "Araber drosseln unser (!) Öl!") und Terroranschläge tödlich bedrohten westlichen Welt soll den Volksmassen der imperialistischen Länder die Notwendigkeit für die Imperialisten, alle ihre Hebel, einschließlich der militärischen zur Unterdrückung und Ausbeutung des Nahen Ostens in Bewegung zu setzen, plausibel und annehmbar gemacht werden.

Zur Durchsetzung ihrer expansiven und aggresiven Gelüste brauchen die Imperialisten zumindest die stille Duldung des Volkes. Sie wissen, daß sie gegen den Widerstand der Massen ihre Kriegspolitik nicht werden betreiben können. Um die Massen aber an sich zu binden, ist ihnen keine Lüge zu dreckig, kein Manöver zu schmutzig. Gerade heute ist daher die bürgerliche Propagandamaschinerie äußerst geil nach arabischen"Mordkomplotten" und nutzt jede noch so fragwürdige "Information" zu massiven Ausfällen gegen die Araber aus. Umso mehr paßt das sinnlose und sicherlich objektiv, höchstwahrscheinlich aber auch subjektiv konterrevolutionäre Blutbad von Fiumicino in ihr propagandistisches Konzept.

Der individuelle Terror schadet der Revolution...

Die Kommunisten haben den individuellen Terror als Kampfform seit jeher verurteilt. Die langen Erfahrungen der Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker haben nur zu deutlich gezeigt, daß diese Kampfform nur schadet, weil sie die Massen von den tatsächlichen Kampfaufgaben ablenkt. Nur die bewaffnete Gewalt der Volksmassen selbst, der langandauernde und beharrlich geführte revolutionäre Volkskrieg wird den Sieg bringen können.

Der individuelle Terror ist ein Ausdruck kleinbürgerlicher Strömungen in der nationalen Befreiungsbewegung. Das Kleinbürgertum hat kein Vertrauen in die Kraft des Volkes und hängt der verzweifelten Illusion nach, durch vereinzelte Attentate den Lauf der Geschichte verändern zu können. Besonders in der palästinensischen Revolution spielt diese kleinbürgerliche Linie, die den Schwung des Kampfes der Massen abbremst und die Revolutionäre von ihren Aufgaben abhält, eine große Rolle. Das ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß im palästinensischen Volk, das in Lagern zusammengepfercht lebt, die Gefahr der Resignation und der Verzweiflung über die taktische Stärke des Feindes äußerst stark ist.

Unter dem Druck der Kommunisten hat sich die Dachorganisation der palästinensischen Widerstandsbewegung PLO schon seit langem von der Methode des individuellen Terrors distanziert. Im Programm der PLO wird darauf hingewiesen, daß die Vereinigung und Organisierung der Massen zum revolutionären und beharrlich zu führenden Volkskrieg der einzige Weg zur Befreiung Palästinas ist. Ent-

sprechend dieser allgemeinen Linie der PLO hat deren Exekutivkomitee immer wieder die Terroranschläge von palästinensischen Verschwörergruppen im Ausland verurteilt.

...und wird zu einem direkten Instrument der Reaktion

Aber es gibt individuellen Terror und individuellen Terror. Während der "Schwarze September" immerhin noch gezielte, d.h. politisch bestimmte Schläge versetzte und von seinem Wesen her als ein - wenn auch objektiv schädlicher - Teil der palästinensischen Widerstandsbewegung angesehen werden mußte, muß dasselbe von den Urhebern des Massakers von Rom/Fiumicino ernstlich bezweifelt werden. Der "Schwarze September" ist schädlich und seine Methoden müssen bekämpft werden. Aber er stand zumindest auf der Seite des palästinensischen Volkes und mußte daher anders behandelt werden, als die Terrorgruppe von Rom und Athen. So war z.B. die Ermordung des jordanischen Innenministers Wasfid Tel, eines der hauptverantwortlichen für das Massaker an 20 000 Palästinensern im September 1970, durchaus eine gezielte politische Aktion, wenn sie auch die Sache des palästinensischen Volkes um keinen Schritt weitergebracht hat. Die politische Isolierung, in die sich die terroristischen Gruppen auf Grund ihrer Ideologie und ihrer Kampfmethoden naturgemäß begeben, läßt ihre Aktivitäten besonders mit der Entfaltung des Kampfes der Massen immer hemmender und schädlicher werden. Letztlich sind sie nur mehr der verzweifelte Versuch kleiner Cliquen, durch blutiges Theater unter Beweis zu stellen, daß es auch sie noch gibt.

Die Terroristen gewinnen dadurch für feindliche Provokateure immer mehr an Anziehungskraft und werden schließlich zur Spielwiese der reaktionären Geheimdienste.

Seit einiger Zeit mehren sich schon die Anzeichen, daß zionistische und imperialistische Provokateure - als "Palästinenser" und "Revolutionäre" getarnt - entweder direkt oder als Anstifter an Terroranschlägen beteiligt sind. Erstmals im Zusammenhang mit der Entdeckung des Raketenlagers einer "arabischen Terrorgruppe" ebenfalls in Rom vor einiger Zeit haben Sprecher der PLO diesen Verdacht offen geäußert. Auch diesmal ist die PLO der Meinung, daß hinter dem Attentat Provokateure stehen.

Provokateure vor das Volksgericht!

Die PLO hat deshalb an Kuweit das Gesuch gestellt, daß die dort inhaftierten Terroristen an sie ausgeliefert werden. Die Terroristen sollen vor ein palästinensisches Volkstribunal gestellt werden, hohe Strafen wurden ihnen angedroht.

Die Unterstellung der Terroristen unter ein palästinensisches Volksgericht würde nicht nur die Möglichkeit bieten, die Machenschaften zionistischer Provokateure aufzudecken, sondern würde auch die propagandistischen Pläne der Imperialisten durchkreuzen. Es wäre für sie kaum mehr möglich, in ihren Zeitungen den vermutlich von ihnen selbst gesetzten provokatorischen Akt zur weiteren Ausdehnung der kriegstreiberischen Hetztiraden gegen die arabische Sache auszunutzen.

K.P.SCH.

ÖSTERREICH- FESTE STÜTZE DES IMPERIALISMUS

Im lauf der letzten Wochen hat Österreich mehrmals das Seine zum Kampf gegen die revolutionäre Bewegung in aller Welt beigetragen. Der österreichische Imperialismus gibt seine Lebenszeichen vor allem in Form von Schützenhilfe für andere imperialistische Mächte von sich - dafür aber fleißig und konsequent. In der UNO hat der Vertreter Österreichs die Geschäfte der Imperialisten beispielhaft besorgt. Zuerst enthielt er sich der Stimme, als es darum ging, die Unabhängigkeit des Volks von Guinea-Bissao vom portugiesischen Kolonialismus anzuerkennen, dann stimmte er dagegen, daß die Kambodscha-Frage, also die endgültige Vertreibung der Lon-Nol-Clique aus der UNO, auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung komme. Zu guter Letzt aber stimmte Österreich auch noch mit Nein, als es darum ging, Freiheitskämpfer der unterdrückten Völker als Kriegsgefangene anzuerkennen. Er sprach sich dagegen aus, "Kämpfer gegen Kolonialismus, Fremdherrschaft und Rassismus",- wie es in der Vorlage definiert wurde,- gemäß der Genfer Konvention zu behandeln.

Kann irgend etwas die gefühlvollen Humanitätsphrasen jener Herren aus der Regierung, die sich in der "Sozialistischen Internationale" herumtreiben und sich dort als das Gewissen der Welt aufspielen, besser entlarven?

Nachtrag zum Artilel "Die Neutralität Schwedens...":

Inzwischen wurden drei an der Veröffentlichung der Umtriebe des IB beteiligte Personen zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bei den Verurteilten handelt es sich um zwei Mitarbeiter von "Volket i Bild/Kulturfront" und um den Lieferanten des Materials über das IB.

SCHWEDENS NEUTRALITÄT-RAFFINIERTE IMPERIALISTISCHE POLITIK

Im Mai 1973 hatte das Magazin "Folket i Bild/Kulturfront" (Volk im Bild/Kulturfront) die Existenz eines bis dahin geheimen schwedischen Nachrichtendienstes - des "Informationsbüros" - bewiesen. Es versetzte damit der "Neutralitätspolitik" Schwedens einen schweren Schlag. 1964 auf Grund eines Zusammenspiels von Leuten aus der Regierung und der Obersten Heeresleitung entstanden, wußten bis zum 3. Mai, dem Tag der Veröffentlichung , selbst einige Regierungsmitglieder nichts von diesem Nachrichtendienst. Sie haben ihren eigenen Gesetzen zu sehr vertraut - in Schweden ist Spionage verboten!

Die Aktivitäten des IB

- Spionage im Nahen Osten gegen Ägypten und die palästinensische Befreiungsbewegung.
- Einbruch in die ägyptische Botschaft in Stockholm. Während 2 Angehörige des israelischen Geheimdienstes Shin Beth in das Gebäude eindrangen, standen Agenten des IB mit Sprechfunkgeräten Wache.
- 1969 Einbruch in das Büro der "Vereinigten FNL-Gruppen" (schwedische Vietnambewegung).
- 1971 Einbruch in das Büro der linken Studentenorganisation SDS in Göteborg.
- 1970 Einbruch in das Büro der KFML (jetzt Schwedische Kommunistische Partei). Es wurden Abhörgeräte eingebaut.
- Mitwirkung an einer Landeübung des CIA an der finnischen Ostküste.

Die Reaktion der Regierung

Die Existenz wie die Machenschaften des IB konnten von der Zeitschrift mit unwiderlegbarem Bild- und Dokumentenmaterial bewiesen werden. Daß es an den Aussagen nichts zu rütteln gibt, zeigt schon die Reaktion der Regierung - am 22. Oktober räumten Polizisten die Redaktion der Zeitschrift aus, beschlagnahmten das ganze Bildmaterial und stellten die Wohnungen eines Redakteurs und eines freien Mitarbeiters auf den Kopf. Diese beiden befinden sich seit damals in Haft, unter der Anklage, gegen das Gesetz der Pressefreiheit verstoßen zu haben!

"Eine solche Polizeiaktion hat es seit dem Krieg nicht mehr gegeben" (Le Monde 13.12.)

Überwachung der Parteimitglieder

Alle diese Enthüllungen sind inzwischen vom überführten Leiter des IB in wesentlichen zugegeben worden. Auf Grund der Recherchen der beiden Autoren geht aber auch hervor, daß die sozialdemokratische Parteiführung seit Jahren schon ihre Parteimitglieder wegen "Linksabweichung" überwachen ließ und alle Informationen an den militärischen Sicherheitsdienst im IB weiterleitete. Dasselbe in den Gewerkschaften. Diese Tätigkeit erstreckte sich auch auf Norwegen, führende Kreise der norwegischen Sozialdemokratie waren in die Sache eingeweiht.

Spionage gegen die DRV

Der härteste Schlag aber, den die Regierung Palme einstecken mußte, ist die Aufdeckung der jahrelang betriebenen Spionage des IB gegen Nord-Vietnam und der sofortigen Weiterlieferung der Ergebnisse an den CIA. Auf der einen Seite sich als Freund der DRV und der unterdrückten Völker der Welt aufspielend, auf der anderen engste Zusammenarbeit mit dem CIA - das ist die Politik der Regierung Schwedens unter Palme. Die Enthüllungen dieser Machenschaften sind ein schwerer Schlag gegen die "Neuträlitätspolitik" Schwedens, weil sie die raffinierte Doppelzüngler-Politik des schwedischen Monopolkapitals bloßlegen. Sie zeigen, daß die "Unterstützung", die Schweden den unterdrückten Völkern in gewisser Weise gewährt, nur der Ausdruck der besonders ausgeklügelten imperialistischen Politik ist. Unterstützen - in der Hoffnung, selbst Einfluß zu gewinnen. Genau dieselbe Politik hatte schon der US-Imperialismus angewandt. als er anfänglich den Viet Minh gegen den japanischen Imperialismus unterstützte. Imperialisten wollen immer im Trüben fischen. aber auch wenn sie im Gewande der Sozialdemokratie auftreten, ihre schmutzige Politik läßt sich nicht geheim halten!

SOLIDARITÄT MIT DER ARBEITERKLASSE UND DEM VOLK CHILES

Wir drucken hier eine Stellungnahme des KB-Wien ab (veröffentlicht in "klassenkampf" Nr. 3), der sich die MLS anschließt. Daß die Plattform und Politik der revisionistisch-sozialdemokratischen "Chile-Solidaritätsfront" ein schlechter Dienst für die Arbeiterklasse und das Volk Chiles sind, da sie der bedingungslosen Verteidigung der reformistischen UP-Politik festhalten, war von vornherein klar. Aber auch beim "Komitee zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes" hat sich inzwischen in der praktischen Arbeit deutlich gezeigt, daß die Plattform und Organisationsform dieses "Komitees" für den Zusammenschluß fortschrittlicher Menschen zur konsequenten Unterstützung des chilenischen Volkes ungeeignet sind. Wir gehen im Anschluß an die Stellungnahme auf seine Politik ein.

STELLUNGNAHME ZUR GRÜNDUNG ZWEIER »SOLIDARITÄTSKOMITEES« IN WIEN

Das chilenische Volk hat eine Schlacht verloren, aber nicht den Krieg

Die Junta hat nach wochenlangen Kämpfen das Volk niedergeschlagen. Die Arbeiterklasse und das Volk Chiles haben eine Schlacht verloren. Eine Schlacht, aber nicht den Krieg. Es ist der Junta trotz allen faschistischen Terrors nicht gelungen, die revolutionären Kräfte Chiles zu vernichten. Vor allem ist es ihr nicht gelungen, die Kampfentschlossenheit der chilenischen Arbeiterklasse zu brechen. Zwei Monate nach der blutigen Niederlage durchbrachen 450 Bauarbeiter bereits wieder das Streikverbot und die Gesetze der Junta, streikten für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit (die nach dem Putsch verlängert worden war). Dieser Streik zeigt: Die Arbeiterklasse und das Volk beginnen sich wieder zum Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Reaktion zu formieren. Es wird der Junta nicht gelingen, die konterrevolutionäre Herrschaft des US-Imperialismus und der einheimischen Bourgeoisie zu stabilisieren. Zu weit war die Revolution in der Regierungszeit der Unidad Popular (UP) fortgeschritten, als daß sich das chilenische Volk mit der Niederlage abfinden würde.

Der Aufschwung der Massenbewegung in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß die Arbeiterklasse sich immer mehr von den reformistischen Illusionen der UP freigemacht hat und zu immer klarerem Bewußtsein ihrer Aufgaben gekommen ist: Nicht in den bürgerlichen Staatsapparat und seine Neutralität gegenüber den Klassenkämpfen vertrauen, sondern gegen die bürgerliche Staatsmacht sich selbständig in räteartigen Organen zusammenschließen, "die Volksmacht aufbauen" (wie die Chilenen es nannten). Angesichts der Offensive der Reaktion nicht zurückweichen, nicht Aussöhnung und Entspannung suchen, sondern sich politisch-ideologisch und militärisch auf den unvermeidlichen Bürgerkrieg gegen die Kapitalisten und Grußgrundbesitzer vorbereiten. Das ist der Weg der Revolution, der der chilenischen Arbeiterklasse immer klarer geworden ist. Das sind ihre Erfahrungen.

Die Bedingung für den Sieg ist, daß die Arbeiterklasse den Weg, den sie beschritten hat, konsequent weitergeht, und es gelingt, eine marxistisch-leninistische Vorhutorganisation aufzubauen, die an der Spitze der Klassenkämpfe steht und der Bewegung Ziel und Richtung gibt. Die Fortschritte, die die chilenische Arbeiterklasse auf dem Weg der Revolution gemacht hat, ihre Kampferfahrungen und Organisationsformen, sind von internationaler Bedeutung. Dieser Weg der chilenischen Arbeiterklasse muß die Grundlage jeder Solidaritätsbewegung werden.

Der Kampf des chilenischen Volkes ist Teil der proletarischen Weltrevolution

Gestern wie heute blicken die Völker Lateinamerikas, alle unterdrückten Völker und die Arbeiter aller Länder auf die chilenische Arbeiterklasse, deren Klassenbewußtsein, Kampferfahrung und Kampfentschlossenheit beispielgebend ist. Der Kampf des chilenischen Volkes war ein gewaltiger Ansporn für die anderen lateinamerikanischen Völker, er rüttelte an den Machtpositionen des US-Imperialismus in Lateinamerika und vertiefte dessen allgemeine Krise. Wie schnell die chilenische Arbeiterklasse vor und vor allem während der Regierungszeit der UP den Weg der Revolution beschritten hatte und wie weit sie auf diesem Weg vorangekommen war, aber auch wie schnell sie sich nach der Niederlage im Bürgerkrieg wieder formiert - das zeigt die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen dem Imperialismus auf der einen und der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern auf der anderen Seite. In allen Teilen der Welt fügen die Völker dem Imperialismus schwere Schläge zu, in den Metropolen Europas und der USA hat die Arbeiterklasse den Kampf gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe der Bourgeoisie erneut aufgenommen. Woche für Woche beweisen neue Ereignisse, wie der siegreiche Vormarsch der Völker Indochinas, die Unabhängigkeitserklärung von Guinea-Bissau in Afrika, das Brechen der unumschränkten militärischen Vorherrschaft des Zionismus im Na-

hen Osten oder die Kämpfe in Griechenland den Niedergang des Imperialismus. Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution - das ist bereits zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden.

Mit der Arbeiterklasse und dem Volk Chiles sind Millionen Menschen in aller Welt im Geiste des proletarischen Internationalismus verbunden. Mit Chile haben Menschen in allen Teilen der Welt - wenn auch oft noch mit reformistischen Illusionen durchsetzt - die Perspektive und Hoffnung auf den Sieg über den Imperialismus verbunden. Sie haben durch ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, für den Sieg des Sozialismus einzutreten und zu kämpfen. Auch in Österreich ist die Empörung über den mit Hilfe des US-Imperialismus durchgeführten Militärputsch und die Solidarität mit dem chilenischen Volk groß. Solidaritätsaktionen in verschiedenen Städten und vor allem die Demonstration in Wien am 18.9. mit 4000 Teilnehmern sind der Beweis.

Die internationalistischen Aufgaben der Kommunisten

Der KB wird - wie bisher - den Kampf des chilenischen Volkes, den Weg der chilenischen Arbeiterklasse , mit immer größerer Klarheit und Entschlossenheit den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion zu führen, propagieren und nach Maßgabe seiner Kräfte alles tun, was der Unterstützung des chilenischen Widerstandes dient. Wir betrachten es als eine entscheidende Aufgabe, den österreichischen Arbeitern und allen fortschrittlichen Menschen die Erfahrungen und die Bedeutung des Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes Chiles nahezubringen und damit nicht nur die Empörung gegen den Imperialismus bewußter zu machen, sondern auch den Weg zum Sieg über den Imperialismus aufzuzeigen. Dadurch wird der Prozeß der ideologischen Loslösung der österreichischen Arbeiterklasse von der Bourgeoisie vorangetrieben und die chilenische Arbeiterklasse unterstützt, indem der Imperialismus im eigenen Land bekämpft wird.

Den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen Chiles als Teil des internationalen Klassenkampfs zu sehen, die Solidarität in richtiger Weise mit dem politischen und ideologischen Klassenkampf hier zu verbinden und den bei vielen noch vorhandenen reformistischen Illusionen entgegenzutreten - darin besteht die internationalistische Aufgabe der Kommunisten. Daß wir diese Aufgabe erfüllen, ist die unabdingbare Grundlage für den Aufbau einer starken und bewußten Solidaritätsbewegung.

Ohne das hingegen hätte die Mobilisierung der antiimperialistischen Kräfte kein Ziel und keine Richtung und würde sich in strohfeuerartigen moralischen Aufwallungen erschöpfen.

Um eine breite Mobilisierung aller Menschen, die ehrlich den Kampf des chilenischen Volkes unterstützen, zu ermöglichen, wird der KB in gegebenen Fällen an andere Organisationen herantreten und den punktuellen Zusammenschluß in Aktionseinheiten anstreben.

Die beiden gegründeten "Solidaritätskomitees" hingegen können für keine dieser Aufgaben ein Hebel sein, auch nicht für die Herstellung einer solchen Einheit, für die breite Mobilisierung und den Zusammenschluß aller fortschrittlichen Menschen.

Die »Chile - Solidaritätsfront«

Unter diesem Firmenschild haben sich einige mit der "K"PÖ verbundene revisionistische, sowie einige sozialdemkratische Organisationen zu einem angeblichen "Solidaritätskomitee" zusammengeschlossen. Wie die "K"P Chiles dort, ist die "K"PÖ hier die hauptsächliche Kraft, die ungeachtet der blutigen Erfahrungen an der bedingungslosen Verteidigung der reformistischen Politik der UP festhält. Für sie bedeutet Chile nur: "In der Geschichte des Landes beispiellose Reformen"; für uns heißt es : ein Volk hat den Weg der Revolution beschritten. Die Plattform und die Politik dieses Komitees sind ein schlechter Dienst für die Arbeiterklasse und das Volk Chiles, ebenso wie für die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen hier. Indem es sich gegen den Weg der chilenischen Arbeiterklasse stellt, deren Erfahrungen mißachtet, das, was die internationale Bedeutung des Kampfes in Chile ausmacht, mit Füßen tritt, ist dieses Komitee und die Politik der beteiligten Organisationen von vornherein spalterisch. Es schließt - wie im September - alle Kräfte aus, die sich nicht den Illusionen und Anmaßungen der Revisionisten unterwerfen.

Das »Komitee zur Unterstützung des chilenischen Widerstands«

Dieses Komitee, hauptsächlich von trotzkistischen Organisationen nach der Ablehnung jeder Zusammenarbeit durch die Organisationen der "Chile-Solidaritätsfront" gebildet, ist ein untauglicher Versuch, die Solidarität zu organisieren. In der Realität ist dieses Komitee nichts anderes als die Zusammenlegung der Kräfte einer Reihe von politisch und organisatorisch schwacher bis in der Praxis überhaupt nicht existierender Organisationen. Die Plattform des "Komitees" ist ein vages Sammelsurium, auf das sich die beteiligen Organisationen geeinigt haben, aber keine ernste Grundlage der Solidaritätsbewegung. Es ist daher völlig untauglich zur Organisierung von fortschrittlichen Menschen, die den Kampf des chilenischen Volkes konsequent unterstützen und sich zu diesem Zweck in einem Komitee zusammenschließen.

Für die Erfüllung der propagandistischen Aufgaben, die für die Chile-Solidaritätsbewegung entscheidend sind, wobei die Kommunisten den klassenbewußten Arbeitern und allen anderen fortschrittlichen Menschen vorangehen müssen, kann dieses "Komitee" ebenfalls kein Hebel sein. Und für die einheitliche Mobilisierung aller fortschrittlichen Menschen, für die Zusammenfassung der Kräfte für ein begrenztes Teilziel (z.B. Demonstration) sind fallweise Aktionseinheiten notwendig, aber nicht dieses "Komitee". Deshalb lehnt der KB die Mitarbeit auch in

diesem "Komitee" ab.

Leitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB - Wien)

Es hat sich in der praktischen Tätigkeit des "Komitees zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes" bereits deutlich gezeigt, daß es als Organisationenkomitee nicht nur für die Organisierung fortschrittlicher Menschen zur konsequenten Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes ungeeignet ist, sondern auch für die Erfüllung der entscheidenden propagandistischen Aufgaben.

In der ersten Nummer der Zeitung des "Komitees" - "Adelante" - treibt der Pluralismus, der sich in der Plattform bereits vermuten ließ, häßliche Blüten hervor. Es werden völlig kommentarlos Dokumente von Organisationen verschiedenster politischer Richtungen abgedruckt, unter anderem ein Aufruf der revisionistischen " "K"P-Chiles. Dieser Aufruf hebt hervor, daß die UP "eine vollkommen richtige allgemeine Politik" gemacht habe, spricht vom großen Schaden, den "ultra-linke Positionen und Handlungen verursacht haben" (gemeint sind die konsequente Mobilisierung und die Bewaffnung der Massen) und stellt als Ziel des Kampfes nicht die Errichtung der bewaffneten Volksmacht auf, sondern die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie - "einen besseren Rechtsstaat als den, den der Militärputsch zugrundegerichtet hat". Solche Dokumente werden nicht etwa abgedruckt, um die in ihnen enthaltenen Positionen konsequent zu kritisieren und damit reformistischen Illusionen entgegenzutreten. Solche Dokumente werden vielmehr abgedruckt, um "zur Einmütigkeit...bezüglich der Solidarität mit allen Trägern und allen Formen des Widerstandes in Chile auf(zu)rufen"(Adelante Nr.1 S.4) Das heißt nichts anderes, als zur Einheit mit jenen politischen Kräften aufzurufen, die nicht nur das chilenische Volk entwaffnet und vor die Flinten der Konterrevolution geführt haben, sondern ihre Politik auch heute noch verteidigen. Das ganze ist eine Verbeugung vor der revisionistisch-sozialdemokratischen "Chile-Solidaritätsfront", die jede Zusammenarbeit mit den Organisationen des "Komitees zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes" ablehnt. So wird versucht, "Aktionen zu setzen, die einer Zementierung der Spaltung entgegenwirken und auf der Grundlage der Solidarität mit allen Gruppen und Kräften des chilenischen Widerstandes einen Prozeß der Vereinheitlichung beider Komitees anzustreben." (Adelante Nr.1). So kann jedoch die Spaltung der Solidaritätbewegung nicht überwunden werden. Das kann nur geschehen, indem die reformistischen Illusionen in der Massenbewegung zurückgedrängt und die Organisationen, die sie aktiv verbreiten, isoliert werden. In dieser Hinsicht wurde den Revisionisten und Sozialdemokraten bereits auf der Demonstration am 18.9. ein schwerer Schlag versetzt, da es dort fast zur Gänze gelang, richtige Parolen und Losungen durchzusetzen.

Auf der Grundlage der selbständigen Agitation und Propaganda der Kommunisten - wie sie in der Stellungnahme bestimmt wird - können selbständige demokratische Komitees ein wichtiges Instrument zur Verbreiterung der antiimperialistischen Kampffront sein. Sie dienen dazu, breite Teile der in Bewegung geratenen Massen in die organisierte politische Praxis der konsequenten Unterstützung eines kämpfenden Volkes einzubeziehen. Solche Komitees werden die Solidaritätsbewegung jedoch nur dann stärken, wenn ihre politische Grundlage auf der Solidarität mit den Zielen und Forderungen der konsequentesten Kräfte der jeweiligen revolutionären Bewegung beruht, die der Arbeiterklasse und dem Volk den Weg zum Sieg über Imperialismus und Reaktion weisen. Das ist beim "Komitee zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes" nicht der Fall. Dieses "Komitee" trägt selbst reformistische Illusionen in die Bewegung hinein und schwächt so die Solidarität.

Zweitens sind solche Komitees nur dann sinvoll und geeignet, fortschrittliche Menschen in die organisierte politische Praxis der Unterstützungsarbeit einzubeziehen, wenn es sich bei ihnen um selbständige Organisationen handelt, die ihre Mitglieder auf Grundlage einer politischen Plattform in Einzelmitgliedschaft und demokratisch organisieren. In Organisationskomitees können unorganisierte fortschrittliche Menschen keinen Einfluß auf die Politik nehmen und ihre Initiative nicht entfalten. Denn die Politik solcher Komitees wird wesentlich durch die Packelei unter den Organisationen bestimmt und nicht durch die freie und offene Meinungsauseinandersetzung aller Mitglieder.



DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN DER VR CHINA MIT CHILE

Die VR China hat die diplomatischen Beziehungen mit Chile nach der Machtergreifung der faschistischen Militärjunta bekanntlich aufrechterhalten und nicht wie die Sowjetunion und die von ihr abhängigen revisionistischen Staaten abgebrochen. China kann die Beziehungen mit Chile aber nicht mehr als Beziehungen zur Regierung der Unidad Popular wahrnehmen, weil diese in Folge des Militärputsches vollständig zusammengebrochen ist. Eine Gegenregierung zur Junta hat sich in Chile noch nicht gebildet und ist auch nicht in Bildung begriffen. In dieser Situation hat die VR China das einzig Richtige getan und ihre diplomatischen Beziehungen mit Chile vorübergehend eingefroren: Die chinesische Botschaft in Chile hat noch keine Beziehungen zur Militärjunta aufgenommen und funktioniert ohne direkten Kontakt zu chilenischen Regierung. Früher oder später wird sich entscheiden, ob die VR China die Beziehungen mit Chile in vollem Umfang als Beziehungen zur Militärjunta wahrnehmen muß oder ob sie diese Beziehungen auf eine Gegenregierung, die die Interessen des chilenischen Volkes vertritt, übertragen kann. Angesichts der gegenwärtigen Situation in Chile ist das erstere wahrscheinlicher.

Die Regierung der VR China hat den Militärputsch in Chile mehrmals scharf verurteilt und ihre Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk bekundet. Die Regierung der VR China hat aber darauf verzichtet, demonstrative Akte der Mißbilligung auf diplomatischer Ebene zu setzen, und damit die diesbezüglichen Erwartungen mancher Sympathisanten des chilenischen Widerstands enttäuscht. Andere wiederum, die die inneren Fortschritte der VR China beim Aufbau des Sozialismus durchaus anerkennen, verstehen die chinesische Außenpolitik generell und speziell im Fall Chile nicht richtig. Und dies wird von Trotzkisten und Revisionisten, die dem Aufbau des Sozialismus in China von Grund auf feindlich gegenüberstehen, ausgenützt, um Verwirrung zu stiften und Mißtrauen gegen die VR China zu säen. Der Verwirrung und der Kritik an der Außenpolitik der VR China liegt zumeist ein Unverständnis der Natur der diplomatischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zugrunde. Weiters untersucht man gewöhnlich nicht, unter welchen Umständen und in welcher Weise die Handhabung der diplomatischen Beziehungen durch die Regierung eines sozialistischen Landes eine wirkliche Unterstützung für den Kampf eines Volkes gegen Imperialismus und Reaktion darstellen kann. Schließlich übersieht man, worin die Unterstützung der VR China für das kämpfende chilenische Volk bestehen kann und tatsächlich besteht. Wir behandeln hier diese Fragen der Reihenfolge nach.

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz

Was sind überhaupt diplomatische Beziehungen? Diplomatische Beziehungen sind zweiseitige Beziehungen zwischen Staaten, die durch ihre Regierungen vertreten werden. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten bedeutet zunächst nur, daß diese beiden Staaten gegenseitig ihre staatliche Existenz anerkennen, d.h., daß jeder der beiden Staaten die Souveränität und das Territorium des jeweils anderen anerkennt. Der Staatstypus (Feudalstaat, bürgerlicher Staat, proletarischer Staat), die Staats- oder Regierungsform (Republik, Monarchie,etc.) und die gerade amtierende Regierung jedes der zwei Staaten gelten dabei als gegebene Tatsachen, die man gutheißen kann oder nicht, von denen aber die gegenseitige Anerkennung der beiden Staaten als Staaten grundsätzlich nicht abhängen kann. Wäre dem nicht so, dann wären Beziehungen zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Staat nicht nur im speziellen Fall Chile sondern überhaupt nicht möglich.

Die diplomatischen Beziehungen der VR China beruhen auf zweiseitigen Verträgen, die folgende fünf Prinzipien enthalten: die gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, den gegenseitigen Nichtangriff, die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Gleichberechtigung und den gegenseitigen Nutzen sowie die friedliche Koexistenz.

Diplomatische Beziehungen zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Staat können nur auf Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz geschlossen werden; wenn beide Staaten darauf verzichten, das Gesellschaftssystem des anderen von außen umwälzen zu wollen. Sie können also niemals davon abhängig gemacht werden, welche Regierung oder welche Staatsform in diesem oder jenem kapitalistischen oder imperialistischen Land gerade herrscht. Ein Regierungswechsel oder eine - wenn auch gewaltsame - Änderung der Staatsform kann normalerweise keine Ursache für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen sein. Diplomatischen Beziehungen zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen oder imperialistischen Staat können aufgenommen werden, wenn die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz anerkannt und eingehalten werden, sie müssen abgebrochen werden, wenn diese Prinzipien nicht eingehalten werden.

Beziehungen auf Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz liegen im Interesse sozialistischer Staaten

Für einen sozialistischen Staat ist es ein Erfolg, wenn es ihm gelingt, staatliche Beziehungen auf Grundlage der fünf Prinzipien zu einem kapitalistischen oder imperialistischen Staat herzustellen. Die kapitalistischen und imperialistischen Staaten müssen förmlich auf ihr Interventionsrecht verzichten, das sie sich schon immer als Naturrecht (zur Verteidigung der "Freiheit","Demokratie",etc) ge-

genüber sozialistischen und revolutionären Staaten angemaßt haben. An sich sind die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchaus selbstverständliche und vernünftige Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten. Aber die kapitalistischen und imperialistischen Staaten sind an Beziehungen auf Grundlage d der fünf Prinzipien nicht interessiert. Deswegen hat noch jeder sozialistische Staat jahrzehntelang um seine Anerkennung ringen müssen. So die Sowjetunion von 1917 bis in die Dreißigerjahre hinein, so die VR China von 1949 bis in die jüngste Zeit.

Die Aggressivität der kapitalistischen und imperialistischen Staaten gegenüber sozialistischen Staaten ist ein Ausdruck des unversöhnlichen Gegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus. Dieser Gegensatz existiert, ob ein sozialistischer Staat das will oder nicht. Die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes kann auch nicht durch zwischenstaatliche Beziehungen auf Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufgehoben werden. Doch die aggressiven Ansprüche des Imperialismus können zurückgedrängt werden, indem sie des Scheins der Rechtlichkeit entkleidet und der Stütze der öffentlichen Meinung in den imperialistischen Ländern und in der Welt beraubt werden. So schreibt die KP Chinas in ihrer Polemik über die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung: "Die von den sozialistischen Ländern verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz begünstigt die Schaffung einer friedlichen internationalen Umwelt für den sozialistischen Aufbau, ist günstig, um die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik aufzudecken und die imperialistischen Angreifer und Kriegstreiber zu isolieren."

Von Zeit zu Zeit mag der Widerspruch zwischen den kapitalistischen und imperialistischen Staaten und den sozialistischen Staaten hinter den Widersprüchen der imperialistischen Staaten untereinander scheinbar verschwunden sein Aber solange die kapitalistische und imperialistische Einkreisung der sozialistischen Staaten besteht und die Möglichleit einer Intervention gegeben bleibt, müssen die sozialistischen Staaten die Politik der freidlichen Koexistenz zu ihrem Schutz gegen eventuelle Angreifer anwenden. So muß die VR China heute hauptsächlich versuchen, die sozialimperialistischen Kriegstreiber zu isolieren und dazu die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten maximal ausnützen.

Die Politik der Nichtanerkennung

Die Nichtanerkennung kapitalistischer und imperialistischer Staaten kann niemals die Außenpolitik sozialistischer Staaten sein, weil das Interesse sozialistischer Staaten an zwischen staatlichen Beziehungen niemals ein Interesse an Einmischungen, Interventionen und Aggressionen sein kann. Nicht-Anerkennung eines Staates durch einen anderen Staat bedeutet prinzipiell, daß man gegen diesen Staat aggressive und interventionistische Absichten hegt. Man behält sich durch die Nichtanerkennung das Recht auf Interventionen vor und übt schon dadurch indirekten militärischen Druck aus. Deshalb haben z.B. die USA alles getan, um eine Anerkennung der VR China durch andere Staaten zu verhindern, solange sie noch unmittelbar Interventionspläne hegten. Deshalb erkennen die USA Kuba nicht an und versuchen immer noch, es in Lateinamerika zu isolieren. Ebenso hat die BRD die DDR nicht nur selbst nicht anerkannt, sondern auch alles daran gesetzt, um eine Anerkennung der DDR seitens anderer Staaten zu verhindern. In der Regel ist also die Nichtanerkennung anderer Staaten eine Waffe kapitalistischer und imperialistischer Staaten gegenüber sozialistischen und revolutionären Staaten und nicht umgekehrt.

Lediglich gegenüber solchen Staaten wie Israel, Südafrika, Rhodesien und Portugal kann und muß die Außenpolitik sozialistischer Staaten in der Nichtanerkennung bestehen. Diese Staaten beruhen auf der kolonialistischen Besetzung fremden Territoriums und der rassistischen Unterdrückung anderer Völker. Ihre Anerkennung als Staaten würde direkt dem Befreiungskampf der Völker zuwiderlaufen, dessen Ziel die Beseitigung oder Vertreibung des rassistischen oder kolonialistischen Unterdrückerstaates und seine Ersetzung durch ein völlig neues Staatsgebilde ist. Die Nichtanerkennung dieser Staaten erfolgt nicht, weil diese Staaten ihrer Staatsform nach faschistisch sind, oder weil ihre Regierungen das Volk unterdrücken. Das geschieht auch in den anderen kapitalistischen und imperialistischen Staaten und zwar unter jeder Staatsform (ohne Ausnahme) und durch alle bürgerlichen Regierungen. Denn alle kapitalistischen und imperialistischen Staaten sind ihrem Typus nach Werkzeuge der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, von der Gesellschaft abgesonderte Repressionsgewalten zur Niederhaltung des Proletariats und der unterdrückten Volksmassen. Aber die Existenz dieser Staaten als solcher und ihre Anerkennung als Staaten widerspricht nicht dem Interesse der Völker an der Revolution. Nicht die Existenz des Staates Chile und die Anerkennung derselben durch einen sozialistischen Staat steht im Gegensatz zu den Interessen des chilenischen Volkes, sondern ,daß Chile durch eine bürgerliche Staatsmaschinerie verwaltet wird und durch eine faschistische Junta regiert wird. Der Sieg der chilenischen Revolution erfordert nicht die Beseitigung des chilenischen Staates, sondern die Niederwerfung der faschistischen Junta, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und seine Ersetzung durch die staatlich organisierte Macht des Volkes.

Die Theorie von der diplomatischen Isolierung der chilenischen Militärjunta

In der letzten Nummer der Zeitschrift der GRM-Trotzkisten findet sich ein Artikel mit dem Titel "Chile und die Maoisten". Wir zitieren daraus die folgende Passage, weil in ihr einige typische Unklarheiten und Verständnislosigkeiten, die die Außenpolitik der VR China gegenüber Chile betreffen, ganz gut herauskommen:"..bekanntlich hat Peking den Botschafter der Unidad Popular zugunsten eines Faschisten abgesetzt und ausgewiesen, in der UNESCO (als einziges Land außer der USA) nicht für eine Resolution gestimmt, in der die "große Besorgnis" der Unterzeichneten über die Ereignisse zum Ausdruck gebracht wird, und in Santiago weist die chinesische Bot-

schaft Flüchtlinge, die um Asyl ansuchen, kaltblütig zurück. Das beweist auch deutlich, wie weit es mit der bekannten Talmud-Gymnastik her ist, wonach Beziehungen auf staatlicher Ebene überhaupt nichts mit der Solidarität mit den gegen ihre Regimes kämpfenden Völker zu tun hätte, womit die Maoisten die Manöver der chinesischen Bürokratie auf dem Rücken der kämpfenden Völker rechtfertigen wollen; beide Ebenen hängen eng miteinander zusammen und die internationale Stabilisierung der Junta hilft ihr, ihre Herrschaft im eigenen Land zu festigen. Nicht umsonst rufen die chilenischen Revolutionäre alle antiimperialistischen Kräfte in der Welt auf, die Junta zu isolieren. Schließlich erkennt ja die VR China auch Israel (noch) nicht diplomatisch an!" (rotfront 7/73, Seite8)

Der Kern der obigen Argumetation besteht darin, daß die Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen und die Ebene der Unterstützung der kämpfenden Völker eng miteinander zusammenhängen, und zwar in der Weise, daß der Junta ihre internationale Stabilisierung hilft, ihre Herrschaft im eigenen Land zu festigen. Die ganze Argumentation soll den Schluß nahelegen, daß die VR China durch ihr Verhalten in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Junta hilft, ihre Herrschaft in Chile zu festigen.

Zunächst: Der momentane Sieg der faschistischen Militärjunta, der eingetretene Rückschlag der chilenischen Revolution ist ein Resultat der innerchilenischen Klassenkämpfe. Die Entwiklung der Klassenkämpfe in Chile hatte zu einer Situation des Bürgerkrieges geführt, einer Situation, in der keine der beiden miteinander kämpfenden Klassen, die Bourgeoisie und das Proletariat, ihre Politik fortsetzen konnte, ohne zu den Mitteln der bewaffneten Gewalt zu greifen. In Chile ging es nicht mehr um diese oder jene Position im Staatsapparat, diese oder jene Reform, sondern um die Frage, wer die Macht im Staate hat. Das ist eine Frage auf Leben oder Tod, die mit den Mitteln der bewaffneten Gealt und nicht mit demokratischen, juristischen oder diplomatischen Mitteln beantwortet wird. Man verkennt daher die in Chile herrschende Situation des Bürgerkriegs vollständig, wenn man glaubt, die Junta könne ihre Macht in Chile in Form ihrer diplomatischen Anerkennung durch andere Staaten festigen. Die Vorstellung der Trotzkisten, daß die Festigung der Herrschaft der Militärjunta in Chile durch diplomatischen Boykottmaßnahmen verhindert werden könne, läuft auf dasselbe hinaus wie die Aufrufe der Revisionisten an die Solidaritätsbewegung, "der Junta in den Arm zu fallen" und vermittels weltweit zum Ausdruck gebrachter Mißbilligung "dem Morden in Chile Einhalt zu gebieten." Aber die Junta begeht ihre Verbrechen nicht zum Spaß, sondern weil sie sie begehen muß, um die Herrschaft der chilenischen Bourgeoisie und die Positionen des US-Imperialismus in Chile zu sichern. Das einzige, was heute der Junta wirklich Einhalt gebieten kann, ist der revolutionäre Kampf der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes.

Für die internationale Stabilisierung der Junta war in Wirklichkeit schon von vornherein durch die Beteiligung der USA als Drahtzieher am Putsch und durch seine wohlwollende Unterstützung von Seiten der vom US-Imperialismus abhängigen lateinamerikanischen Regimes gesorgt. Das Gerede von der diplomatischen Isolierung der Junta hat für den Kampf des chilenischen Volkes gegen die Junta derzeit nicht mehr Wert als die Aufforderung, keine griechischen Orangen zu essen, für den Kampf des griechischen Volkes gegen den Faschismus. Um was es derzeit geht, ist nicht die diplomatische Isolierung der Militärjunta sondern ihre politische Isolierung, die darin besteht, daß man den internationalen Zusammenhang des Militärputsches rückhaltlos auf deckt und die Lehren des Putsches vor der internationalen Arbeiterklasse und den revolutionären Völkern aufzeigt. Dies ist durch die Stellungnahmen befugter Sprecher der VR China vor einer breiten Weltöffentlichkeit geschehen, was wir weiter hinten noch näher aufzeigen werden.

Eine wirksame Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes durch Maßnahmen auf diplomatischem Gebiet wäre nur dann möglich, wenn die Regierung der Unidad Popular irgendwie fortbestanden und nicht vollständig zerschlagen worden wäre oder wenn sich in Chile bereits eine Gegenregierung zur Junta gebildet hätte; wenn es inner- oder außerhalb von Chile eine Regierung neben der Junta gäbe, die beanspruchen könnte, Chile international zu vertreten, und die sich auf eine Situation der Doppelherrschaft oder zumindest auf relevante Kräfte in Chile stützen könnte. Eine solche Situation war z.B. in Kampbodscha gegeben, als die Lon-Nol-Clique die legale Regierung Sihanouks stürzte. Der Lon-Nol-Clique gelang es nie, Regierungsgewalt über das ganze Territorium auszuüben, und durch das Bündnis zwischen dem Roten Khmer und der Königlichen Regierung Sihanouk entwickelte sich eine Situation der Doppelherrschaft, die sich laufend zugunsten der Kräfte des Volkes veränderte. Die VR China konnte daher ihre Beziehungen zu Kambodscha weiterhin als Beziehungen zur Regierung Sihanouk wahrnehmen. Eine solche Situation existiert in Chile nicht. Das Entscheidende beim diplomatischen Kampf zur Isolierung eines volksfeindlichen, illegitimen Regimes und um Anerkennung der legitimen Vertretung des Volkes eines Landes ist, daß er nur gestützt auf den revolutionären Kampf und die realen Machtpositionen des Volks in dem betreffenden Lande selbst geführt werden kann. Allgemein gilt, daß Maßnahmen auf diplomatischem Gebiet oder andere Maßnahmen der staatlichen Außenpolitik eines sozialistischen Landes den Sturz eines volksfeindlichen Regimes im besten Fall erleichtern und begünstigen, in keinem Fall aber herbeiführen können. Ob und wie die zwischenstaatlichen Beziehungen von einem sozialistischen Land zur Unterstützung eines kämpfenden Volkes eingesetzt werden können, hängt jeweils von der konkreten Analyse der konkreten Situation ab. Läßt man die vage moralische Unterstützung beiseite, auf die die Außenpolitik eines sozialistischen Landes nicht ausgehen darf, dann kann die chilenische Revolution heute von einem sozialistischen Staat nicht durch Schritte auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen unterstützt werden.

→

Die Amtsenthebung des Botschafters der Allende-Regierung in China

Die VR China hat ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile vorübergehend eingefroren. Auf chilenischer Seite repräsentiert die Junta die Staatsgewalt und nimmt daher auch die diplomatischen Beziehungen wahr. Die Abberufung von chilenischen Botschaftern in anderen Staaten steht innerhalb der chilenischen Staatsgewalt und ist eine vom Einfluß der jeweiligen Staaten unabhängige innerchilenische Angelegenheit. Die VR China kann weder den chilenischen Botschafter in China noch den Botschafter irgend eines anderen Landes ernennen oder absetzen. Der Botschafter der Allende-Regierung in China, Uribe, wurde von der Militärjunta seines Amtes enthoben, seine Geschäfte dem 2. Botschaftsrat übertragen. Da die Aufenthaltsgenehmigung eines Diplomaten in dem Lande seiner Tätigkeit an seine diplomatische Funktion gebunden ist, mußte Botschafter Uribe in bestimmter Frist China verlassen. Das ist internationaler Usus. Von einer Absetzung und Ausweisung des Botschafters der Allende-Regierung zugunsten eines Faschisten durch die Regierung der VR China zu sprechen, zeugt von kindischer Unwissenheit in Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Amtsenthebung des Botschafters Uribe und die Übertragung seiner Geschäfte an einen anderen Angehörigen der chilenischen Botschaft in China sind Prozeduren, die keiner Zustimmung durch die chinesische Regierung bedürfen. Die chinesische Regierung sah die Amtsenthebung Uribes bloß als Beendigung seiner Diplomatentätigkeit in China an; es kann eben keinen Botschafter der Allenderegierung mehr geben, wenn es eine solche Regierung nicht mehr gibt.

Das Verhalten der chinesischen Botschaft in Chile und der chinesischen UNESCO-Delegation

Solange die VR China mit Chile Beziehungen auf Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz unterhält, ist es ausgeschlossen, daß sich China in die inneren Angelegenheiten Chiles einmischt, daß es die zwischenstaatlichen Beziehungen bzw. die Einrichtungen, die der Aufrechterhaltung dieser Beziehungen dienen, dazu benützt, um etwas gegen die Militärjunta zu tun oder die chilenische Revolution zu unterstützen.

Dabei tritt die KP Chinas für eine strenge Auslegung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz ein: "Es ist absolut undenkbar und unmöglich, daß Länder, die miteinander in friedlicher Koexistenz leben, sich gegenseitig auch nur ein Härchen ihres gesellschaftlichen Systems kümmern." (Polemik über die Generallinie). **Die KP Chinas betrachtet die Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch nicht als taktisches Zugeständnis an eine bestimmte Weltlage, sondern als Prinzipien, die die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in allgemein gültiger Weise regeln und deren allgemeine Anerkennung anzustreben ist. Die Anwendung der fünf Prinzipien kann daher für die VR China nicht von Rücksichten der momentanten Opportunität abhängen.**

Bei der UNESCO-Resolution, **die die "tiefe Besorgnis" der Unterzeichneten über die Vorgänge in Chile zum Audruck bringt, handelt es sich ganz offenkundig um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates, wie sie einer internationalen Organisation im allgemeinen nicht zusteht.** Eine Ausnahme davon bildet die Verurteilung der Innenpolitik solcher Staaten wie Südafrika, **Portugal, Israel usw., die fremde Territorien kolonialistisch besetzt halten und andere Völker rassistisch unterdrücken. Die Politik dieser Staaten in den besetzten Territorien und gegenüber den rassistisch unterdrückten Völkern ist nicht ihre innere Angelegenheit, sondern eine internationale Angelegenheit.** Ansonsten ist die UNESCO keine humanitäre Weltinstanz. Sie ist eine internationale Erziehungs-, **Wissenschafts- und Kulturorganisation, der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gleichberechtigt und zum gemeinsamen Nutzen angehören. Die Resolution gegen die chilenische Junta, die von den revisionistischen Staaten in der UNESCO-Vollversammlung eingebracht wurde, enthüllte nicht die wahren Drahtzieher und Triebkräfte des Putsches. Die USA brauchten gar nicht dagegen zu stimmen, sondern konnten sich der Stimme enthalten. Eine solche Resolution, die momentan opportun erscheint, weil sie immerhin eine Ablehnung der Verbrechen der chilenischen Militärjunta enthält, ist auf die Dauer ungünstig und gefährlich, weil sie zu einer Praxis der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten führt, und diese Praxis zugleich mit dem Schein der Objektivität, Humanität und Fortschrittlichkeit versieht. Wenn sich eine solche Praxis in den internationalen Organisationen durchsetzt, kann die UNESCO und vor allem die UNO leicht wieder zu einem Instrument und einer Rechtfertigungsinstanz imperialistischer Aggressions- und Kriegspolitik werden, wie die UNO es nach dem 2. Weltkrieg unter der Dominanz der USA lange war. Heute droht dasselbe auch von der Sowjetunion. Die UNO und ihre Nebenorganisationen dürfen nicht zum Instrument der Verallgemeinerung der Breschnew-Doktrin von der beschränkten Souveränität und vor allem nicht zu einem Instrument des Zusammenspiels der beiden Supermächte werden.**

Im Grunde gilt dieser Widerspruch zwischen momentaner Opportunität und auf die Dauer schädlichen Folgen auch für das Verhalten der Botschaft der VR China in Chile.

Bei strenger Auslegung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz kann die Aufnahme von Flüchtlingen durch die chinesische Botschaft in Chile als Verstoß gegen diese Prinzipien angesehen werden. Wenn z.B. der Aufnahme eines Asylwerbers politische Bedeutung zukäme und die Botschaft chilenischen Revolutionären als Operationsbasis dienen würde, dann würde es sich ohne Zweifel um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chiles handeln. Selbst die Aufnahme von Asylwerbern, die eine bloße Hilfeleistung an einzelne Personen und nicht unbedingt eine Unterstützung der chilenischen Revolution darstellt, könnte als Verletzung der chilenischen Hoheitsrechte gesehen werden. Daß Botschaften

ausländischer Staaten politisch Verfolgten Asyl gewähren, widerspricht zwar nicht dem internationalen Usus, aber es kann dem Interesse eines sozialistischen Staats an der Aufrechterhaltung von Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz widersprechen, besonders dann, wenn zwischen dem sozialistischen Staat und dem betreffenden kapitalistischen Staat ein gespanntes Verhältnis herrscht.

Man kann das Verhalten der VRChina nicht am Verhalten einzelner kapitalistischer Staaten messen, deren Botschaften in Chile Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufgenommen haben. Die Beziehungen dieser Staaten zu Chile beruhen nicht auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und ihre Unterstützung der Flüchtline beruht nicht auf der Solidarität mit dem revolutionären Kampf des chilenischen Volkes als solchen. Diese Staaten gebärden sich zum Teil auch nur deswegen so humanitär, um von ihrem wirklichen Verhältnis zur chilenischen Militärjunta abzulenken. Der Militärputsch in Chile hat eine fortschrittliche Regierung und deren antiimperialistische Maßnahmen und Reformen beseitigt und damit der imperialistischen Ausplünderung der Naturreichtümer Chiles und der Arbeit des chilenischen Volkes neuen Spielraum gegeben. Das kommt nicht nur den USA sondern letzten Endes allen imperialistischen Staaten zugute. Andererseits stellt die bloße Existenz einer kapitalistischen und imperialistischen Umwelt eine Stütze für die Herrschaft der chilenischen Bourgeoisie und daher auch für die momentane politische Form ihrer Herrschaftsausübung dar. Wenn gewisse kapitalistische und imperialistische Staaten den Militärputsch verurteilt haben und Flüchtlinge in ihren Botschaften aufgenommen haben, so deswegen, weil die Bourgeoisien dieser Staaten ihre eigene momentane politische Form der Herrschaftsausübung, die parlamentarische Demokratie, vor den Völkern ihrer Länder legitimieren müssen. Aber niemand wird glauben, daß diese Staaten die gesellschaftlichen Verhältnisse in Chile umwälzen wollen. Im großen und ganzen kann die Militärjunta an einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit diesen Staaten nicht interessiert sein.

Für die VR China dagegen ist es ein Erfolg, daß es ihr gelungen ist, ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile trotz Einfrierung und trotz ihrer offen zum Ausdruck gebrachten Unterstützung für den revolutionären Kampf des chilenischen Volkes und der Offenlegung der Triebkräfte und Drahtzieher des Putsches aufrechtzuerhalten. Kapitalistische und imperialistische Staaten üben auf sozialistische Staaten immer einen Druck aus, die Unterstützung des revolutionären Kampfs der unterdrückten Völker und Nationen aufzugeben. Diesem Druck kann ein sozialistischer Staat nur standhalten, wenn er durch die Gestaltung seiner diplomatischen Beziehungen und durch die Benützung der Einrichtungen, die der Aufrechterhaltung dieser Beziehungen dienen, den kapitalistischen und imperialistischen Staaten keine Handhabe gibt, die Aufnahme und Aufrechterhaltung zwischenstaatlicher Beziehungen von der Nicht-Unterstützung der kämpfenden Völker und ihrer revolutionären Ziele abhängig zu machen. Ob es zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen China und Chile notwendig war, auf die Aufnahme von Flüchtlingen durch die chinesische Botschaft in Chile zu verzichten, können wir nicht mit Sicherheit beurteilen. Wir müssen uns hier auf die Einschätzung der konkreten Situation durch die chinesischen Genossen verlassen, eine Einschätzung, die sich natürlich auch einmal als falsch herausstellen kann.

Zwischen der Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz und der Unterstützung der kämpfenden Völker entstehen immer wieder vorübergehende Widersprüche. Aber die Unterstützung <u>aller</u> unterdrückten Völker <u>und</u> Nationen in ihrem revolutionären Kampf ist für einen sozialistischen Staat auf die Dauer nur möglich, wenn er diese Unterstützung und die staatlichen Beziehungen auf Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz genauestens auseinanderhält. Alles andere würde früher oder später entweder zu einer Unterordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen unter aktuelle Erfordernisse der Unterstützung der kämpfenden Völker oder umgekehrt zu einer Unterordnung der Unterstützung und letzten Endes auch des Kampfs der Völker selbst unter die staatliche Außenpolitik eines sozialistischen Landes führen. Im ersten Fall würde der Aufbau des Sozialismus in dem betreffenden Land gefährdet werden. Im zweiten Fall würde die Revolution in anderen Ländern behindert werden. Beides würde dem Interesse der proletarischen Weltrevolution zuwiderlaufen. Es nützt daher nichts, die zeitweiligen Widersprüche zwischen der Politik der friedlichen Koexistenz und der Unterstützung der kämpfenden Völker in der Außenpolitik eines sozialistischen Landes zu ignorieren oder im Sinne einer "revolutionären" (d.h. abenteuerlichen) Außenpolitik auflösen zu wollen.

Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht den Interessen der proletarischen Weltrevolution

Wenn auch die Politik der friedlichen Koexistenz den unmittelbaren Interessen der revolutionären Bewegung eines Landes vorübergehend widersprechen kann, so widerspricht sie doch nicht den Interessen der proletarischen Weltrevolution insgesamt.

Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz stehen deshalb nicht im Gegensatz zu den Interessen der proletarischen Weltrevolution, weil die Weltrevolution nicht von irgendeinem sozialistischen Staat gemacht oder auch nur angeleitet werden kann, sondern nur durch die Völker der einzelnen Länder unter Anleitung ihrer eigenen proletarischen Organisationen. Revolutionen entwickeln sich nicht, weil ein sozialistischer Staat sie von außen in Gang setzt oder massiv unterstützt, sondern in dem Maße, "wie die Klassengegensätze, die Revolutionen hervorrufen, immer größere Schärfe gewinnen." (Lenin).

"Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf

des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden." (Kommunistisches Manifest)
Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse und des Volks jedes einzelnen Landes, das Regime ihrer Unterdrücker zu stürzen. Das ist das Grundprinzip, auf dem die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten beruhen.

Bei der Politik der friedlichen Koexistenz geht die KP Chinas davon aus, daß die Revolution in jedem einzelnen Land der Weg ist, auf dem die Arbeiterklasse, die revolutionären Völker und schließlich die ganze Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus gelangen werden. Einmischungen aller Art, Interventionen und Aggressionen sind dagegen die Mittel, auf die die Reaktionäre aller Länder ihre konterrevolutionären Hoffnungen setzen. Der Grundsatz der KP Chinas , "daß die inneren Angelegenheiten jedes Landes durch sein Volk selbst geregelt werden sollen"(Polemik über die Generallinie), begünstigt die freie Entwicklung der Klassenkämpfe in den nichtsozialistischen aber auch in den sozialistischen Ländern. Die KP Chinas vertraut dabei auf die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse und der Völker.

Worin besteht derzeit die Hilfe der VR China für die chilenische Arbeiterklasse und das kämpfende chilenische Volk?

Die Unterstützung eines sozialistischen Landes für die kommunistische und revolutionäre Bewegung eines anderen Landes kann immer nur eine Hilfe und Erleichterung, niemals der Grund für den Sieg der Revolution in dem betreffenden Land sein. Außerdem kann ein sozialistisches Land diese Hilfe immer nur nach seinen Kräften und Möglichkeiten gestalten, die Hilfe darf die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus nicht gefährden. Die Hilfe muß schließlich dem Entwicklungsstand der revolutionären Volksbewegung in dem betreffenden Land entsprechen.

Die konkrete Hilfe der VR China für die chilenische Arbeiterklasse und das kämpfende chilenische Volk besteht heute darin, daß die VR China die Wahrheit über die Zusammenhänge des Putsches klar darlegt, die Drahtzieher des Putsches und die Hauptschuldigen an seinem Gelingen aufdeckt sowie die Lehren des Putsches vor der internationalen Arbeiterklasse und den revolutionären Völkern aufzeigt.

Von der Tribüne der UNO hat die VR China durch den Leiter der chinesischen UNO-Delegation, Tjiao Guan-hua, ganz deutlich gesagt, in welchem Zusammenhang der Putsch in Chile zu sehen ist:"Die von Seiten der Supermächte gegen Länder in Afrika, Asien, und Lateinamerika gerichtete Aggression, Subversion, Kontrolle und Intervention hat kein Ende. Ein kürzlicher Vorfall ist der militärische Staatsstreich in Chile. Präsident Allende starb als Märtyrer auf seinem Posten. Wir sprechen unser tief empfundenes Beileid zu seinem Tod aus. Zugleich sind wir der Ansicht, daß man nicht vergessen sollte, wie schädlich die absurde Theorie des sogenannten "friedlichen Übergangs" für die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ist, eine Theorie, die von der anderen Supermacht befürwortet wird." (Peking Rundschau 40, 9.Oktober 73, S 11)

Der US-Imperialismus ist zweifellos der Drahtzieher hinter dem Militärputsch in Chile, und die Revisionisten, die sich an der sozialimperialistischen Sowjetunion orientieren, sind die Hauptschuldigen für das Gelingen des Putsches. Sie haben die Arbeiterklasse und das Volk durch die Theorie des "friedlichen Übergangs" ideologisch entwaffnet und es zugleich in eine Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind geführt, auf die das Volk nicht genügend vorbereitet war.

Die Sowjetunion propagiert die Theorie des "friedlichen Übergangs", weil sie an einer revolutionären selbständigen Entwicklung der Kämpfe der Völker nicht interessiert ist. Sie betrachtet die Arbeiterklasse und die revolutionären Völker als Manövriermasse ihrer Weltherrschaftspläne. Deswegen hat sie auch - trotz Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Chile - die eigentlichen Drahtzieher des Putsches nicht beim Namen genannt. In der russischen Presse wurde sogar grosser Wert darauf gelegt, daß den USA eine Beteiligung am Putsch nicht nachgewiesen werden könne. Die Prawda druckte ein Gedicht des chilenischen Dichters Pablo Neruda über den Putsch auf der ersten Seite ab, eliminierte aber aus dem Gedicht alles, was auf die Schuld der USA am Putsch hinwies. Die Sozialimperialisten haben zwar die Beziehungen zu Chile abgebrochen - weil ihr eigener Einfluß in Chile durch den Putsch zerstört worden ist-, aber sie wollen ihr Zusammenspiel mit der anderen Supermacht, die dem Ziel der Beherrschung der Welt dient, nicht gefährden. Und dieses Zusammenspiel der beiden Supermächte ist für das chilenische Volk weitaus gefährlicher und seine Aufdeckung weitaus nützlicher als der Abbruch oder Nicht - Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die souwieso nur das Territorium und die staatliche Souveränität, aber nicht das herrschende Regime anerkennen.

Wie müssen sich die österreichischen Kommunisten zur Außenpolitik der VR China verhalten?

Es ist klar, daß die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht die Politik der kommunistischen Weltbewegung bestimmen können. Die Kommunisten und Revolutionäre eines jeden Landes müssen genau zwischen ihren eigenen revolutionären Aufgaben und der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung unterscheiden. Die friedliche Koexistenz ist eine Sache. "Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern jedoch sind eine völlig andere Sache. Alle diese Kämpfe sind erbitterte Kämpfe auf Leben und Tod, um die Gesellschaftsordnung zu verändern. Die friedliche Koexistenz kann den revolutionären

Kampf der Völker in keiner Hinsicht ersetzen. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann in jedem Land nur durch die proletarische Revolution und durch die proletarische Diktatur im eigenen Land erfolgen." (Polemik über die Generallinie)

Die österreichischen Kommunisten dürfen sich natürlich nicht zu Agenten der Außenpolitik der VR China machen lassen. Das wird auch dadurch verhindert, daß die VR China in ihrer Außenpolitik klar zwischen staatlichen Beziehungen zu den kapitalistischen und imperialistischen Ländern und Beziehungen zu den revolutionären Bewegungen in diesen Ländern unterscheidet. Andererseits dürfen die österreichischen Kommunisten die Außenpolitik der VR China nicht falsch und unüberlegt kritisieren. Die meisten Unklarheiten über die Außenpolitik der VR China ergeben sich nicht daraus, daß die Außenpolitik der VR China unklar ist, sondern daraus, daß man sich mit den Prinzipien dieser Außenpolitik noch zu wenig beschäftigt hat. Es ist nicht Aufgabe der österreichischen Kommunisten, jeden einzelnen Schritt der Außenpolitik der VR China oder eines anderen sozialistischen Landes zu rechtfertigen, sondern ihre Prinzipien und Voraussetzungen zu verstehen und ihre Bedeutung für die Entwicklung der proletarischen Weltrevolution vor den Massen zu erläutern.

L.K.

Hochschulen im Dienste des Volkes

Vorbemerkung:
Bis zur Kulturrevolution war das Bildungswesen, und dabei besonders die Universitäten, noch weitgehend unter bürgerlichem Einfluß. Die Universitäten, die zum großen Teil aus der alten Gesellschaft übernommen worden waren, wurden weiterhin von bürgerlichen Intellektuellen beherrscht, die sich lediglich ein anderes Mäntelchen umgehängt hatten.
Die Formen der Uniausbildung hatten sich verändert, nicht ihre Inhalte: sie blieb Ausbildung von bürgerlichen Eliten, sie war von der gesellschaftlichen Praxis und der Produktion getrennt, vermittelte akademische, praxisferne, bürgerliche Bildung und schloß die ungeheure Mehrzahl der Arbeiterklasse und der armen und unteren Mittelbauern durch Selektionsmechanismen (Aufnahme nach Notendurchschnitt) vom Studium aus.
Das Fortdauern der bürgerlichen Universitäten wurde von den bürgerlichen Kräften in Partei- und Staatsapparat gefördert; die revisionistischen Machthaber in der Partei stützten die Herrschaft der bürgerlichen Intellektuellen an der Universität.
Die Revolutionäre unter Führung von Mao Tse-tung bekämpften schon seit Ende der 50er Jahre entschieden die bürgerliche Herrschaft im Ausbildungsbereich, doch sie fanden erst in der großen proletarischen Kulturrevolution die Form und Methode, um durch breite Mobilisierung der Massen, Gebrauch der freien Meinungsäußerung, der Methode von Kritik und Selbstkritik auf Wandzeitungen und Massenversammlungen die revisionistischen Machthaber in Partei und Staat und die Herrschaft der bürgerlichen Intellektuellen an den Universitäten zu enthüllen und zu beseitigen. Die Bewegung von "Kampf, Kritik, Umgestaltung" führte auch an den Unis wie an allen anderen gesellschaftlichen Bereichen zur Bildung von Revolutionskomitees als revolutionären Machtorganen des Volkes, die bürgerlichen Unileitungen wurden kritisiert und abgesetzt. Propagandatrupps der Arbeiter und Soldaten zogen in die Universitäten ein, um die revolutionäre Weisung von Mao in die Praxis umzusetzen: "Zur Durchführung der proletarischen Revolution im Bildungswesen muß die Arbeiterklasse die Führung innehaben, müssen die Arbeitermassen daran beteiligt sein, und in der jeweiligen Lehrveranstaltung unter Mitwirkung von Kämpfern der Befreiungsarmee, mit den Aktivisten unter den Schülern und Studenten, Lehrern und Arbeitern, die entschlossen sind, die revolutionäre Dreierverbindung schaffen. Die Arbeiterpropagandatrupps sollen lange Zeit in den Lehranstalten verbleiben, sie sollen sich an allen Aufgaben von 'Kampf, Kritik, Umgestaltung' an den Lehrveranstaltungen beteiligen und für immer die Lehranstalten leiten".
Das Grundproblem bei der Revolutionierung der Unis war und ist die Unterwerfung unter die Kontrolle der Massen, die Verbindung der Ausbildung mit der Produktion, die allseitige Verbindung der Theorie mit der Praxis.
Der folgende Bericht eines Genossen vom Besuch einer Reisegruppe an chinesischen Universitäten im September 1973 zeigt anhand von einzelnen Beispielen, wie die chinesischen Genossen diese Probleme anpacken. Er versucht klarzumachen, daß die Durchsetzung der Herrschaft des Proletariats über die Unis nicht abgeschlossen ist, sondern immer wieder neu erkämpft werden muß.

Redaktion

Bei unseren Besuchen an der Peking-Universität und der Futan-Universität in Schanghai wurden wir von den Genossen des Revolutionskomitees, von Arbeitern, Lehrern und Studenten freundlich empfangen und hatten ausreichend Gelegenheit, ihnen Fragen zu stellen und mit ihnen zu diskutieren. Wir hatten ein großes Interesse daran, anhand konkreter, praktischer Beispiele, zu erfahren, wie sich die Organisation der Ausbildung, die Lehrinhalte und Unterrichtsmethoden an Universitäten unter der Diktatur des Proletariats unterscheiden von den Verhältnissen an unseren bürgerlichen Universitäten und wie sich die derzeitigen Verhältnisse an den chinesischen Universitäten historisch entwickelt haben.

DAS AUFNAHMEVERFAHREN

Vor der Kulturrevolution wurden die Absolventen der oberen Stufe der Mittelschule (das Schulsystem in der VR China ist einheitlich; der Besuch der Grundschule und der unteren Stufe der Mittelschule ist für alle Jugendlichen obligatorisch; bis 1975 soll auch die obere Stufe der Mittelschule obligatorisch werden; eine Aufsplitterung der Schulausbildung in Haupt-, Realschule und Gymnasium gibt es nicht) sofort an die Hochschule aufgenommen. Die Auswahl ging nach Notendurchschnitt. Mit der Behauptung, "vor der Note sind alle gleich", wurde von den bürgerlichen Intellektuellen, die damals die Universitäten beherrschten, die reale Ungleichheit, die Benachteiligung der Kinder von Arbeitern und armen und unteren Mittelbauern durch dieses System verschlechtert.

DIE ALLGEMEINEN PRINZIPIEN DES HEUTIGEN AUFNAHMEVERFAHRENS

Heute werden die Jugendlichen nicht mehr direkt nach Abschluß der Mittelschule in die Universität aufgenommen. Sie arbeiten erst einmal zwei bis drei Jahre in der Fabrik, auf dem Land oder innerhalb der Volksbefreiungsarmee (VBA). Wenn sich dann ein Jugendlicher zum Studium meldet, wird die Bewerbung zuerst in der Werkshalle, landwirtschaftlichen Produktionsgruppe oder VBA-Einheit diskutiert. Die Arbeiter, Bauern und Soldaten prüfen genau, ob sie die Bewerbung unterstützen können. Sie beurteilen den Bewerber danach, ob er die Fähigkeit gezeigt hat, sich mit ihnen in der Praxis zu verbinden, ob er bereit ist, "dem Volk zu dienen", d. h. sein politisches Bewußtsein. Außerdem prüfen sie, welche Erfahrungen er bei seiner praktischen Arbeit gesammelt hat und ob er bereit war, aktiv bei der Förderung der Produktion mitzuwirken. Sie entscheiden, ob er Bewerber geeignet ist, die Uni zu besuchen und leiten ihre Entscheidung an das Revolutionskomitee der Fabrik bzw. der Volkskommune weiter, das seine Genehmigung dazu gibt. Die Universität selber überprüft dann noch die formalen Voraussetzungen (Schulabschluß, Praxisnachweis, Gesundheit) und führt eine "kulturelle Prüfung" durch, die beurteilt, wieviel praktische Erfahrung die Bewerber besitzen und ob sie mit ihren grundlegenden Kenntnissen praktische Probleme lösen und analysieren können. Den endgültigen Ausschlag für die Aufnahme gibt aber die Entscheidung der Arbeiter, Bauern und Soldaten.
Während des Studiums bekommen die Studenten ihren vollen bisherigen Lohn weiter.

DIE BEDEUTUNG DER WAHL DURCH DIE MASSEN

Natürlich erzählten die Genossen uns auch, daß die Anzahl der Studienplätze nach den jeweiligen gesellschaftlichen Erfordernissen begrenzt ist, und nicht jeder studieren kann. Die Zulassungsquoten werden unter den Fabriken und Volkskommunen verteilt, die Anzahl der Studienplätze für die einzelne Fabrik und Volkskommune ist genau festgelegt. Aber das wichtigste dabei ist: kein bürokratisches Auswahlverfahren wie der Numerus Clausus, das einseitig Notendurchschnitte und damit auswendig gelerntes Bücherwissen beurteilt, die Kinder der Bourgeoisie und der obe-

ren Schichten der Mittelklassen bevorzugt und die große Mehrzahl der Werktätigen ganz ausschließt, entscheidet über den Zugang zur Universität, sondern die arbeitenden Massen selbst wählen in einem demokratischen Verfahren die Studenten aus ihren eigenen Reihen aus. Dadurch soll gewährleistet werden, daß die Studenten nicht an die Uni gehen, um später einen höherbezahlten Job zu bekommen; das Studium soll keine individuelle Angelegenheit mehr sein, sondern dem besseren Aufbau des Sozialismus dienen. Wenn die Massen das Bestimmungsrecht über die Aufnahme der Studenten in der Hand haben, ist das ein Zeichen für die Führung der Arbeiterklasse und die Kontrolle der Arbeiter und Bauern über das Bildungswesen.

DER KAMPF UM EIN AUFNAHMESYSTEM UNTER DER KONTROLLE DER VOLKSMASSEN IST NICHT ABGESCHLOSSEN

Wie uns die chinesischen Genossen erzählten, gibt es auch jetzt noch Auseinandersetzungen bei der Praktizierung des Aufnahmeverfahrens: manche Hochschullehrer überbetonen die "kulturelle Prüfung" als Wissensprüfung gegenüber der Entscheidung der Massen. Aber die revolutionären Arbeiter, Bauern, Lehrer und Studenten unter Führung der Kommunisten bekämpfen durch geduldige Kritik und Überzeugungsarbeit derartige Tendenzen.

Ein gutes Beispiel, wie man die Tendenz, die "kulturelle Prüfung" überzubewerten, bekämpfen kann, gab ein Student in der Nordostprovinz Liaoung. Er füllte seine Prüfungspapiere nicht aus, schrieb aber auf die Rückseite eine Kritik an der falschen Abstraktheit und den mangelnden Praxisbezug der Prüfungsfragen. Diese Kritik wurde sofort von der lokalen Tageszeitung aufgegriffen und über mehrere Rundfunksender verbreitet; darauf wurde sie von Zeitungen und Rundfunkstationen in anderen Provinzen übernommen und löste eine erneute heftige Diskussion des Prüfungs- und Aufnahmesystems an den Universitäten aus, was sich in zahlreichen Zeitungsleserbriefen niederschlug.

DIE VERBINDUNG VON THEORIE UND PRAXIS AN DER UNIVERSITÄT

In der Kulturrevolution wurde ein neues Dreierverbindungssystem durchgesetzt, nämlich die Kombination von Unterricht, wissenschaftlicher Untersuchung und Produktion. Dieser Dreierverbindung liegt ein Prinzip zugrunde, das Mao Tse-tung folgendermaßen formuliert hat: **"Zu einer richtigen Erkenntnis gelangt man oft erst nach einer vielfachen Wiederholung der Übergänge von der Materie zum Bewußtsein und vom Bewußtsein zur Materie, das heißt, von der Praxis zur Erkenntnis und von der Erkenntnis zur Praxis. Das ist die Erkenntnistheorie des Marxismus, die Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus."** (Mao Tse-tung, Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?, Peking 1968, S. 3)

DIE VERBINDUNG VON THEORIE UND PRAXIS IN DEN NATURWISSENSCHAFTLICHEN FÄCHERN

Alle naturwissenschaftlichen und technischen Fakultäten der Universitäten betreiben soweit möglich eigene kleine Fabriken, wo die Studenten auf der Grundlage der praktischen Arbeit ausgebildet werden und wissenschaftliche Untersuchungen anstellen, die dann gleich wieder praktisch bewertet werden können. Die Sektion der Physik der Futan-Universität in Schanghai betreibt z.B. schon seit 1958 eine Elektronenfabrik, wo Dioden und Trioden hergestellt werden. Außerdem haben die Universitäten vielfältige Verbindungen zu Fabriken und Volkskommunen im ganzen Land. Bestimmte naturwissenschaftliche und technische Spezialfächer der Universitäten werden von Fabriken aus angeleitet. Alle Studenten verbringen ungefähr ein Drittel ihrer Studienzeit in Fabriken, in der Landwirtschaft oder innerhalb der Armee, auch die Studenten der geisteswissenschaftlichen Fächer.

DIE VERBINDUNG VON THEORIE UND PRAXIS IN DEN GEISTESWISSENSCHAFTLICHEN FÄCHERN

Ein Genosse des Revolutionskomitees der Futan-Universität charakterisierte die Arbeit dieser Studenten folgendermaßen: "Der Praxisbereich der Studenten der Geisteswissenschaften ist die gesamte Gesellschaft; sie gehen aufs Land, in die Fabriken, in die Geschäfte, zum Rundfunk und in andere gesellschaftliche Einrichtungen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen; dadurch verändern sie auch ihr eigenes Bewußtsein." Der Dekan der Fakultät Geschichte der Peking-Universität erzählte uns, daß die Geschichtsstudenten zusammen mit ihren Lehrern ein bis drei Monate in einer Volkskommune verbringen, um die Geschichte der Bodenreform und die Entwicklung der Kollektivierung der Landwirtschaft in der VR China in der Praxis zu untersuchen. Sie fragen die Bauern nach ihren Erfahrungen, erzählen von ihren Studien, halten Vorträge vor den Mitgliedern der Volkskommune und nehmen an der praktischen Arbeit teil.

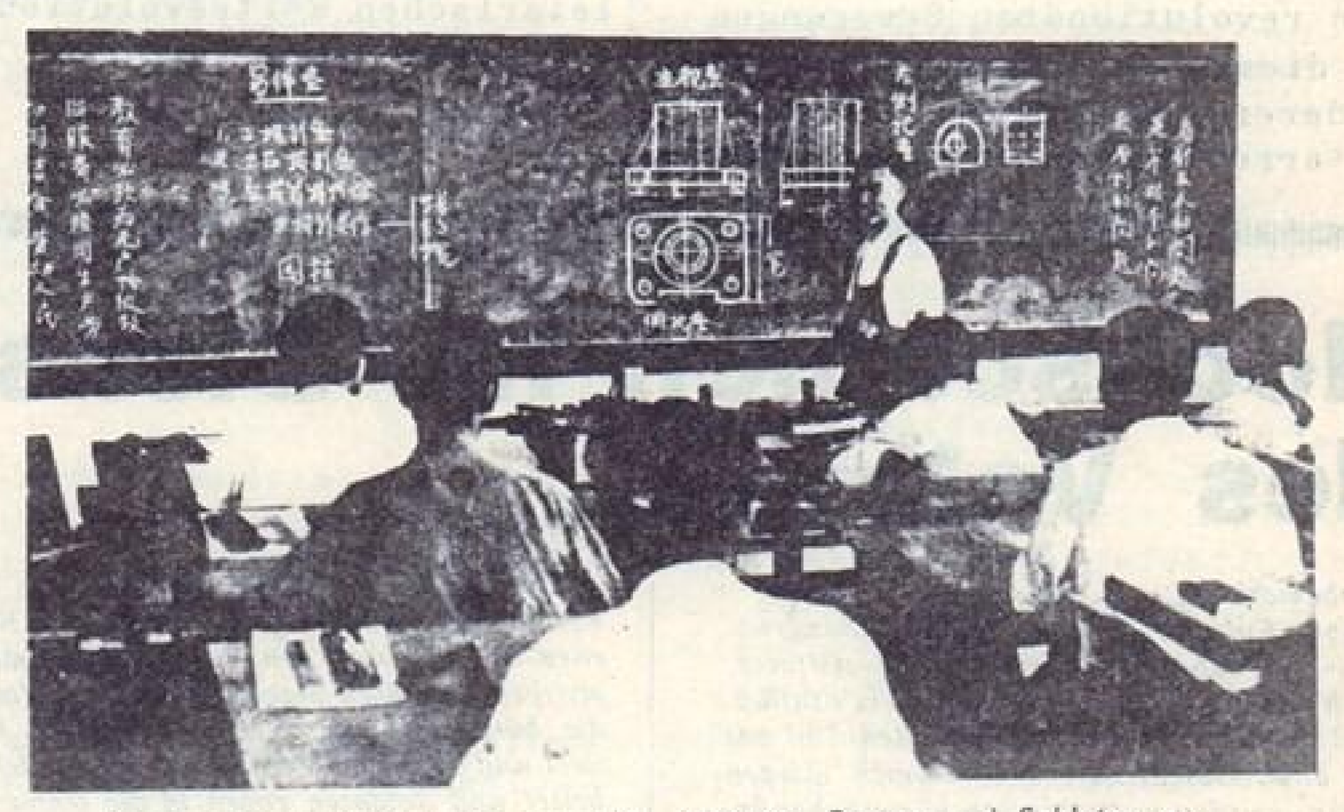
Durch diese Verbindung des Studiums mit der Praxis soll erreicht werden, daß die Studenten eng mit den Arbeitern und Bauern verbunden bleiben, und sich nie von ihnen entfernen.

VOR DER KULTURREVOLUTION VERSUCHTEN DIE BÜRGERLICHEN INTELLEKTUELLEN, DIE DAMALS NOCH DIE MACHT AN DEN UNIVERSITÄTEN HATTEN, DIE VERBINDUNG VON STUDIUM, UNTERSUCHUNG UND PRAKTISCHER ARBEIT ZU VERHINDERN.

Als die Studenten und Lehrer an der Sektion Physik der Futan-Universität 1958 ihre Elektronenfabrik aufgebaut hatten, beschimpften die bürgerlichen Intellektuellen dies als "irregulär"; Fabriken an der Hochschule, das sei so, wie wenn "eine Herde Ochsen in einen Tempel einbricht". Es gelang ihnen auch vorübergehend, die Schließung aller Fabriken im Unibereich durchzusetzen. Genauso sabotierten sie die Kontaktaufnahme zu Fabriken im ganzen Land. Die revolutionären Studenten und Lehrer bekämpften diese bürgerliche Linie entschieden.

DIE VERÄNDERUNG DER STRUKTUR DES LEHRKÖRPERS

In der Kulturrevolution gelang es den revolutionären Volksmassen unter Führung der Kommunisten den bürgerlichen Intellektuellen ihre Macht zu entreißen und die bürgerliche Linie im Ausbildungsbereich zu zerschlagen. Die Zusammensetzung des Lehrkörpers veränderte sich wesentlich: heute lehren zum großen Teil Arbeiter, Bauern und Soldaten an den Universitäten. Die alten bürgerlichen Lehrer werden in praktischer Arbeit und konsequenter politisch-ideologischer Schulung umerzogen.



Die Tjinghua-Universität hat aus den Arbeitern, Bauern und Soldaten an der ersten Front der drei großen revolutionären Bewegungen einige zu vollbeschäftigten oder nebenberuflichen Lehrern ausgewählt. Hier gibt ein erfahrener Arbeiter den Studenten der Maschinenbau-Fakultät Unterricht in technischem Zeichnen.

Dabei wird der Grundsatz angewendet: **"Wir müssen uns beharrlich mit ihnen vereinigen, sie erziehen und umerziehen, während wir sie verwenden."** Dieses Verfahren setzte sich durch gegen die Behauptung, man dürfe die Lehrer nicht verwenden, bevor sie nicht völlig umerzogen seien, wobei die langwierige Natur ihrer Umerziehung verkannt und der Theorie-Praxis-Zusammenhang bei der Umerziehung zerrissen würde.

Die meisten Lehrer kritisierten ihre früheren Fehler und arbeiten aktiv an der weiteren Revolutionierung des Bildungswesens mit. Aber nach wie vor gibt es Auseinandersetzungen um die richtige Verbindung der Theorie mit der Praxis, um Unterrichtsmethoden und Lehrinhalte. Die sozialistische Umgestaltung der Uni ist nicht abgeschlossen.

DIE VERÄNDERUNG DER UNTERRICHTSMETHODEN

Mit der sozialen und politischen Veränderung der Lehrer und Studenten veränderte sich auch ihr Verhältnis zueinander: vor der Kulturrevolution stand auch an den chinesischen Universitäten der Lehrer im Mittelpunkt; er bestimmte alles, redete lange und ohne Unterbrechung und die Studenten schrieben mit – ein Genosse in Schanghai charakterisierte es treffend: **"Der Lehrer war die Schallplatte, die Studenten die Tonbänder."** Jetzt gilt der Grundsatz: **"Die Offiziere lehren die Soldaten, die Soldaten lehren die Offiziere, ein Soldat lehrt den anderen"**, der von der VBA übernommen wurde. Die Lehrer sollen den

Studenten dienen, ihre Fähigkeit zu selbständigem Denken, zur Untersuchung von Problemen und zur praktischen Arbeit fördern. Der Lehrer legt das Lehrmaterial vor dem Unterricht vor, der Schwerpunkt des Unterrichts liegt auf der gemeinsamen Diskussion und Erarbeitung der Schwerpunkte, dem Selbststudium wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Das neue Verhältnis zwischen Lehrer und Studenten beinhaltet auch, daß die Studenten den Lehrer ebenso beurteilen und kritisieren wie das umgekehrt der Fall ist.

DIE VERÄNDERUNG DES LEHRMATERIALS UND DER PRÜFUNGEN

Die enge Verbindung der Theorie mit der Praxis führte seit der Kulturrevolution auch zu einer umfassenden Veränderung des Lehrmaterials. Die Genossen in Schanghai nannten uns die allgemeinen Prinzipien, nach denen sie das Lehrmaterial verändern:
1. Kern muß der dialektische und historische Materialismus sein.
2. Die Verbindung von Theorie und Praxis muß gewahrt sein.
3. Nach dem Grundsatz "weniger, aber besser" wird Kompliziertes vereinfacht und Umfangreiches gekürzt.
4. Das alte Lehrmaterial wird kritisch überprüft, die nützlichen Teile übernommen, das Falsche ausgesondert.

Das Lehrmaterial wird bestimmt von den Zielen der Ausbildung: nicht "Bücherwürmer" werden erzeugt, die auswendig Gelerntes herbeten können, sondern die Fähigkeit wird gefördert, auf der Grundlage von Elementarkenntnissen selbständig Probleme in der Praxis zu analysieren und zu lösen. Nach den gleichen Grundsätzen werden die Prüfungen durchgeführt. Sie erfolgen nicht überfallartig, es werden "keine wunderlichen Fragen" gestellt, und die Studenten sind auch nicht gezwungen, dafür ganze Bücher auswendigzulernen.

POLITISCH-IDEOLOGISCHE SCHULUNG ALS BESTANDTEIL DES STUDIUMS

Vor der Kulturrevolution gab es kaum ideologische Schulungen an den Universitäten. Die Studenten sollten einzig und allein ihr Fachwissen pauken. Im übrigen wurden sie mit bürgerlichen Ideologien vollgepfropft. Die bürgerlichen Intellektuellen propagierten die Ideologien des individuellen Ruhms, der Vermehrung des individuellen Gewinns, des unerbittlichen Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Studenten. Sie infizierten die Studenten mit diesen bürgerlichen Ideologien und förderten ihre Isolierung von den Massen. Nach der Eroberung der Universitäten durch die Arbeiterklasse wird der politischen und ideologischen Schulung der Studenten und Lehrer eine große Bedeutung beigemessen. Mao Tse-tung sagt: **"Unser Kurs auf dem Gebiet des Bildungswesens muß gewährleisten, daß jeder, der eine Ausbildung erhält, sich moralisch, geistig und körperlich entwickelt, und ein gebildeter Werktätiger mit sozialistischem Bewußtsein wird."** Denn die Arbeiterklasse kann die Revolutionierung der Universitäten nur vorantreiben und unter ihrer Kontrolle halten, wenn sie ideologisch und politisch die Führung hat; und ideologische und politische Führung durch die Arbeiterklasse bedeutet Führung durch den Marxismus-Leninismus und die Mao Tse-tung-Ideen.
Die Studenten lesen zusammen mit den Lehrern wichtige Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Politische Ökonomie ist Unterrichtsfach, vor allem anhand des Kapitals von Marx werden die Grundlagen der Kritik der politischen Ökonomie erarbeitet. Daneben werden wichtige Dokumente der KP Chinas studiert, wie die Dokumente des X. Parteitags.
Dieses Studium wird derzeit eng verbunden mit der Kritik am Revisionismus und der Fehler Lin Biaos auf der Grundlage der eigenen Erfahrung der Studenten. Die Studenten werden in die Lage versetzt, bürgerliche Linien erkennen und untersuchen zu können und sich immer fester auf den proletarischen Klassenstandpunkt zu stellen.

AUSBILDUNG DER STUDENTEN FÜR DIE GESELLSCHAFTLICHE PRAXIS

Durch die umfassende Revolutionierung des Bildungswesens ist es möglich geworden, das Studium von früher fünf bis sechs Jahren auf drei Jahre zu verkürzen; diese Verkürzung ist allerdings noch vorläufig. Die Genossen in Schanghai sagten uns, man müsse erst noch mehr Erfahrungen sammeln, um die Verkürzung endgültig einzuführen. Trotzdem liegen schon viele praktische Ergebnisse vor. Die ersten Studentenjahrgänge, die ein dreijähriges Studium hinter sich haben, haben die Universität inzwischen verlassen.
Die meisten Studenten kehren nach ihrem Studium wieder in ihren Betrieb oder ihre Volkskommune zurück. Die Weisung Mao Tse-tungs vom Juli 1968 wird in die Praxis umgesetzt:
"Die Studenten müssen aus den Reihen der Arbeiter und Bauern mit praktischer Erfahrung ausgewählt werden und nach einigen Jahren Hochschulstudium sollen sie wieder in die Praxis der Produktion zurückkehren."
Neben dem regulären Studium von drei Jahren führen die Universitäten Fortbildungskurse für Arbeiter, Bauern und revolutionäre Kader, die mindestens acht Jahre praktischer Erfahrung hinter sich haben, oder Neuerungen und Erfindungen gemacht haben, durch. Diese Kurse dauern 3 Monate, 6 Monate oder ein Jahr.
An der Futan-Universität gibt es z. B. Elektronik- und Automatisierungskurse (Sektion Physik), Kurse für technische Arbeiter in Staatsgütern auf dem Land (Sektion Biologie) und Kapitalschulungen für erfahrene Arbeiter (Sektion Politische Ökonomie). Daneben haben große Fabriken ihre eigenen Hochschulen und wissenschaftlichen Institute aufgebaut (z. B. die 21. Juli-Arbeiterhochschule der Werkzeugmaschinenfabrik in Schanghai).

W.F.

(AUS KHZ-HEIDELBERG №29/73)

NEUE WIRTSCHAFTLICHE ERFOLGE DER VR CHINA

Dieser Artikel ist der Süddeutschen Zeitung vom 28.12. 1973 entnommen.
Vor den großen Erfolgen des Aufbaus des Sozialismus in der Volksrepublik China können heute nicht einmal mehr die bürgerlichen Journalisten die Augen verschließen. Die Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktionsweise läßt sich - wenn man bereit ist, den Tatsachen Beachtung zu schenken - einfach nicht mehr leugnen.

Was für die Bourgeoisie jedoch ein unerklärliches "Wunder" bleiben muß, hat für uns nichts geheimnisvolles an sich. Die großen wirtschaftlichen Fortschritte kommen daher, daß in diesem Land die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen die Macht innehaben und unter der Führung der Kommunistischen Partei entschlossen allen Versuchen der Bourgeoisie entgegentreten, den Aufbau des Sozialismus zu sabotieren.

Chinas Planer ziehen eine positive Bilanz

Peking (dpa)

Während westliche Industrienationen an diesem Jahresende mit einer durch den arabischen Ölboykott ausgelösten Energiekrise und einer steigenden Inflationsrate zu kämpfen haben, konnten die Pekinger Parteiführung und der Staatsrat ihren 800 Millionen Landsleuten voller Stolz drei Erfolge verkünden, die in einem Entwicklungsland wohl einmalig sind:

1. Die 80 000 Volkskommunen konnten die beste Ernte seit der kommunistischen Machtübernahme 1949 einbringen. Sie übersteigt das bisherige Rekordjahr 1971 mit 250 Millionen Tonnen. China ist damit nicht nur von allen ausländischen Lebensmitteleinfuhren unabhängig. In den staatlichen Silos in den Kommunen und bei den einzelnen Bauernfamilien lagern außerdem „strategische Reserven" für den Katastrophen- und Kriegsfall, die zum Teil die Ernährung der Bevölkerung für ein Jahr sicherstellen.

2. Die chinesischen Ölfelder produzieren heute mehr, als für den Eigenbedarf benötigt wird. Chinesisches Öl, das wegen seines geringen Schwefelgehaltes zu den besten der Welt gehört, wird heute nicht nur nach Japan und Hongkong, sondern auch nach Nordkorea, Nordvietnam und möglicherweise Anfang 1974 zum erstenmal nach Thailand exportiert. Außerdem wurde mit der Ausbeutung von Petroleumvorkommen in den Küstengewässern der Volksrepublik begonnen — Vorräte, deren Umfang an Ozeanologen auch noch nicht einmal grob geschätzt werden können.

3. Die chinesische Volkswährung „Renminbi" wird heute von über 60 Ländern als offizielle Verrechnungseinheit und als Zahlungsmittel akzeptiert. Das Gespenst der Inflation ist in China unbekannt. Seit 24 Jahren sind die Preise für den Bedarf des täglichen Lebens, wie Getreide, Baumwollstoffe, Spieseöl, Salz und Kohle im großen und ganzen unverändert geblieben.

Seit 1950 konnten die Preise für Medikamente um 80 Prozent gesenkt werden. Auch für die meisten Konsumgüter muß heute weniger bezahlt werden als vor zehn oder zwanzig Jahren. Obwohl China alle Anstrengungen unternimmt, die Grundlagen für eine moderne Schwerindustrie zu schaffen, ist Peking entschlossen, von seiner bisherigen volkswirtschaftlichen Maxime nicht abzugehen — „unabhängig zu bleiben, indem man sich auf die eigenen Anstrengungen verläßt". Den Pekinger Wirtschaftsplanern ist es bisher gelungen, Importe und Exporte in der Balance zu halten.



Am 21. Jänner jährt sich zum 50. Mal der Todestag des Genossen Lenin. Aus diesem Anlaß findet am 22. Jänner, 20 Uhr, NIG, eine Veranstaltung der MLS statt, wo in Referaten die Bedeutung Lenins und des Leninismus für den Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gewürdigt wird.

Nach Marx und Engels hat Lenin den wissenschaftlichen Sozialismus in Theorie und Praxis gegen alle opportunistischen Entstellungen und Angriffe verteidigt, er hat ihn in genialer Weise weiterentwickelt und auf eine neue, höhere Stufe gehoben. Die von ihm aufgestellte Lehre - der Leninismus - ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der großen Klassenkämpfe des Proletariats, ist die Theorie und Praxis der proletarischen Revolution, der proletarischen Diktatur und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft.

Der Leninismus ist für die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuter und Unterdrücker, für die Renegaten und Revisionisten tödlich. Deshalb greifen alle Reaktionäre, von den offen antikommunistischen Ideologen bis zu den Revisionisten aller Schattierungen den Leninismus wütend an. Die gefährlichste Strömung gegen den Leninismus ist der Moderne Revisionismus mit den sowjetischen Sozialimperialisten an der Spitze. Diese bekämpfen den Leninismus mit Hilfe von heuchlerischen, pseudomarxistischen Phrasen. Sie behaupten, die "Erben" Lenins zu sein und schwören dem Leninismus "Treue", um ihren Verrat und ihre konterrevolutionäre Politik zu maskieren. Aber die Revisionisten können noch so große Anstrengungen machen, die große Wahrheit jedoch, daß der Leninismus und der Moderne Revisionismus zwei entgegengesetzte Pole sind, die sich gegenseitig ausschließen, können sie nicht vertuschen.

In den großen Siegen, die beim Aufbau des Sozialismus in China, Albanien, Korea und Vietnam und in den Kämpfen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker der ganzen Welt errungen wurden, bestätigt sich heute immer wieder die Richtigkeit der Lenin'schen Lehren. Den modernen Revisionisten ist es zwar gelungen, nach dem Tod des Genossen Stalin, der den Leninismus zeit seines Lebens entschlossen verteidigt hat, im ersten sozialistischen Staat der Welt die Macht zu übernehmen und den Kapitalismus zu restaurieren. Dieser schwere Schlag gegen die Arbeiterklasse und gegen die unterdrückten Völker hat jedoch nicht verhindern können, daß die kommunistische Weltbewegung weiter wächst und erstarkt. Die wahren Erben, die Verteidiger und Anwender der Lehren Lenins sind heute die marxistisch-leninistischen Parteien und Kräfte in der ganzen Welt, an ihrer Spitze die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens.

Die KP Chinas und die PdA Albaniens haben in jahrzehntelangen Kämpfen äußerst wichtige Erfahrungen gewonnen und den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt. Ohne diese Erfahrungen zu berücksichtigen, ohne an der Seite der chinesischen und albanischen Genossen zu kämpfen, kann man heute kein Marxist-Leninist sein.

TEACH-IN DER MLS

LENINISMUS ODER MODERNER REVISIONISMUS

ANLÄSSLICH DES 50. TODESTAGES VON LENIN

DIENSTAG 22. JÄNNER 20h NEUES INSTITUTSGEBÄUDE